



Seniorenbeirat der Landeshauptstadt München

Burgstr. 4 - 80331 München

seniorenbeirat.soz@muenchen.de

Tel. 089/233-21166

Fax. 089/233-25428

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2020

- einstimmig in der Plenumssitzung vom 15.01.2020 beschlossen

Einleitung

Seniorenvertretungen in den Stadtbezirken und Seniorenbeirat der LH München werden alle vier Jahre von den Münchner(inne)n über 60 Jahre gewählt, um deren Interessen zu vertreten.

Unsere Generation hat teilweise noch Krieg, Terror, Flucht und Verfolgung erlebt. Alle kennen wir wenigstens die Erzählungen unserer Eltern über Unrecht, Not und Leid.

Unsere Aufgabe ist es daher besonders, unsere Demokratie zu bewahren und weiter zu entwickeln. Auch wir Älteren treten für Natur- und Umweltschutz zur Bewahrung unserer Lebensgrundlagen ein. Wir dürfen nicht wort- und tatenlos zusehen, wenn Unrecht geschieht und soziale und gesundheitliche Probleme um sich greifen.

Dabei ist festzustellen, dass die LH München mit dem Seniorenbeirat beachtliche Erfolge erreicht hat und mit den Alten-Service-Zentren Modelle für ganz Deutschland geschaffen wurden, um Älteren in allen Lebenslagen zu helfen.

Wir, die Generation derer, die über 60 Jahre sind, fühlen aber die Verpflichtung, Vorschläge zu wichtigen Punkten zu machen, wo Probleme gelöst werden müssen.

Wir fordern daher die Bevölkerung auf, bei den Kommunalwahlen am 15. März 2020 ihr demokratisches Recht wahrzunehmen.

Um die Wahlentscheidung zu erleichtern, hat der Seniorenbeirat Wahlprüfsteine erarbeitet und richtet an alle, die sich zur Wahl stellen, die Frage, wie sie zu seinen Forderungen stehen.

Einige der Forderungen sind nur auf Landes- oder Bundesebene zu erfüllen. Hier ist Einflussnahme über den Bayerischen und Deutschen Städtetag erforderlich.

Soziale Ungleichheit mindern, Armut bekämpfen

Soziale Ungleichheit und Altersarmut nehmen auch in München immer mehr zu.

Der Seniorenbeirat fordert:

- Steuergesetze müssen gerechter werden.
- keine Besteuerung „vermögenswerter Vorteil“ bei Mieten die deutlich unterhalb der Vergleichsmiete liegen
- Auskömmlicher Mindestlohn muss künftige Renten deutlich erhöhen.
- Grundsicherung und Regelsätze sind so gestalten, dass sie ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.
- Soziale Sicherungssysteme, Kranken-,Pflege- und Rentenversicherung sind solidarisch zu organisieren und alle Bürger(innen) sind durch verpflichtende Beitragszahlungen und Leistungen dauerhaft an deren Finanzierung zu beteiligen.
- Leistungen aus Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung darf nur erhalten, wer Beiträge entrichtet (hat). Andere Leistungen sind über Steuern zu finanzieren.
- Empfängergruppen von Sozialleistungen sind nach Alter-, Behinderungen, chronische Leiden u. a. m. neu und gerechter zu ermitteln und durch bedarfsgerechte geeignete Versorgungssysteme zu unterstützen.
- Das Rentenniveau muss mindestens 50% betragen.

Bezahlbaren Wohnraum ermöglichen

Wohnen ist ein in der Verfassung verbrieftes Grundrecht. Unter dem Mangel an ausreichendem bezahlbaren Wohnraum in München leiden in besonderer Weise Senior(inn)en. Der öffentliche behinderten-/seniorengerechte Wohnraum ist nicht ausreichend.

Der Seniorenbeirat fordert:

- Verstärkung des Sozialen Wohnungsbaus
- Mehr Neubau und Erhalt von preiswertem und barrierefreiem Wohnraum
- Förderung und Unterstützung neuer Wohnformen (z.B. Wohnen für Hilfe, Mehrgenerationen-Wohnen, Seniorenwohngemeinschaften mit Hilfsangeboten)
- Verstärkte Förderung von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften
- Bessere Ermöglichung von Wohnungstausch im Quartier (Beibehaltung der qm-Miete, praktische und finanzielle Hilfsangebote beim Umzug)
- Erleichterung von Untervermietung
- Ausbau der Unterstützung bei der Wohnungssuche über SOWON für Ältere
- Erhöhung von Wohngeld und Ausweitung der Empfangsberechtigten
- Langzeitmieterschutz

Bessere Gesundheitsversorgung und Pflege

Ältere Menschen werden häufiger krank und vermehrt pflegebedürftig. Sie sind daher in besonderer Weise auf ein gutes Gesundheitssystem und gute Pflege angewiesen.

Der Seniorenbeirat fordert:

- Sichere stationäre, wohnortnahe Notfallversorgung in München auf hohem Niveau: - Kein Bettenabbau für die Notfallversorgung in der München-Klinik Harlaching und Schwabing
- Keine Verschlechterung der Versorgungsstufen der Notfallversorgung
- Ausbau der Altersmedizin in der München-Klinik Schwabing und Harlaching
- Umsetzung des Integrierten Versorgungszentrums für Senior(inn)en in Harlaching
- Ausbau der stationären Palliativversorgung für ganz München,
- Verbesserung des Entlassmanagements in allen Kliniken (Überleitungspflege)
- Stärkere finanzielle Unterstützung für Hospize und ambulante Hospizbegleitung
- Erweiterung der Angebote für Tages- und Kurzzeitpflege
- Ausbau der Pflegeplätze
- Verbesserung der Situation der Pflegekräfte in Pflegeeinrichtungen und Kliniken
- Tarifgerechte Bezahlung in allen Einrichtungen
- München-Zuschlag für alle Pflegekräfte
- Mehr Wohnungen in München für Pflegekräfte
- Schnellere Anerkennung der Qualifikation ausländischer Pflegekräfte
- Ausbau der Ausbildungskapazitäten für Pflege.
- Mentorenprogramm für Pflegekräfte in der Ausbildung, um Ausbildungsabbrüche zu reduzieren
- Sicherung der wohnortnahen, ambulanten medizinischen Versorgung in allen Stadtbezirken, ggf. durch Gesundheitszentren der Stadt München
- Barrierefreier Zugang zu Arztpraxen

Verbesserte Angebote zur Mobilität

Mobilität bedeutet Lebensqualität und muss unabhängig vom Einkommen sowie altersbedingten oder körperlichen Beeinträchtigungen ermöglicht werden. Die Bevölkerung nimmt im Raum München immer mehr zu und damit auch der Verkehr. Gerade ältere Menschen sind von der Enge im öffentlichen Raum betroffen. Sie sind auch besonders auf den ÖPNV und seine Benutzerfreundlichkeit angewiesen.

Der Seniorenbeirat fordert:

- Fußgänger(innen) sind in den Mittelpunkt der Verkehrspolitik zu stellen
- E-Scooter und Fahrräder müssen so abgestellt werden, dass sie nicht gefährden.
- Schnellstmögliche Einrichtung der Ring-S-Bahn um München (Nordring, Südring)
- Umgehender Umbau des S-Bahnhof Heimeranplatz, damit bei Ausfall der Stammstrecke möglichst viele Fahrgäste zur U-Bahn umsteigen können.
- Umleitung von Güterverkehr auf der Schiene um die Stadt.
- Verdichtung des Taktes von U- und S-Bahn
- Ausreichend Aufzüge an allen U- und S-Bahn Haltestellen
- Verbesserung der Hinweisschilder an Zu- und Ausgängen (behindertengerecht)
- Verbesserung von zeitnahen Informationen bei Störungen u.ä.
- Schnellere Reparatur **von** Rolltreppen und Fahrstühlen an S- und U-Bahnhöfen
- Ausbau des U-Bahn-Netzes
- Ausbau und Verdichtung von Straßenbahn und Bus-Netz
- Ausreichende Bereitstellung kostenloser öffentlicher Toiletten

Dr. Reinhard Bauer

Datum:

16.01.2020

Unterschrift:

Herr Dr. Reinhard Bauer
Vorsitzender Seniorenbeirat

CSU

Forderung: Soziale Ungleichheit mindern, Armut bekämpfen

UNSERE VORSCHLÄGE:

Da sowohl der Mindestlohn durch eine eingesetzte Kommission festgelegt wird, wie auch die Regelsätze und Grenzen der Grundsicherung können wir hier als Kommune nur ergänzende Maßnahmen ergreifen.

An oberster Stelle steht für und die Teilhabe aller Menschen in München, und hier insbesondere die Verbesserung der Möglichkeit für Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in der Stadt.

Ob das nun über das von der CSU-Stadtratsfraktion geforderte Konzept Wohnen für Hilfe auszubauen oder die Hilfen für ein möglichst langes selbstbestimmtes Wohnen in den eigenen vier Wänden und viel stärker in die Öffentlichkeit trägt.

Immer wieder gibt es Alltagssituationen, die Hilfe und Unterstützung nötig machen. Senioren könnten ein Zimmer ihres Hauses oder ihrer Wohnung einer Studentin/ einem Studenten oder Auszubildenden mietfrei überlassen. Im Gegenzug unterstützt diese Person im Alltagsleben, z.B. beim Einkauf, beim Rasen mähen, als Begleitung zu Arztterminen o.ä. Das ist für beide Seite gewinnbringend und vermittelt zwischen den Generationen.

Wir unterstützen nicht die Forderung nach einer einheitlichen Bürgerversicherung, sondern halten an dem bisherigen Sozialversicherungssystem fest. Wir möchten aber die Rentenversicherung dahingehend schützen, dass hier keine versicherungsfremden Leistungen entnommen werden. Auch das das bisherige Rentenniveau keineswegs weiter abgesenkt werden.

Digitales Seniorenportal für analoge Versorgung und Vernetzung

Wir forcieren die Einrichtung eines eigenen Münchner **Seniorenportals** in Form einer stadtteilbezogenen Senioren-App. Über diese App soll den Menschen ein **täglicher Begleiter** für die Versorgung, Prävention und Betreuung sowie Fürsorge und Obhut im jeweiligen Stadtbezirk angeboten werden. Die App soll eine effiziente Kommunikation zwischen Teilnehmenden, lokalen Dienstleistern sowie allen lokalen Ansprechpartnern aus dem Gesundheits- und Pflegesektor ermöglichen, aber auch alle Möglichkeiten für die Freizeitgestaltung und kulturelle Angebote umfassen. Das städtische Informations- und Unterstützungsangebot für Seniorinnen und Senioren muss auf muenchen.de gebündelt sowie niederschwellig und zielgruppengerecht präsentiert werden. Wir wollen einen Online-Seniorenstadtplan als städtische Dienstleistung.

Forderung: Bezahlbaren Wohnraum gewährleisten:

UNSERE VORSCHLÄGE:

Diese Forderung unterstütze ich sehr: Wir brauchen dringend mehr Sozialen Wohnungsbau. Deshalb wollen wir auch mehr Förderung durch den Freistaat. Aber auch die Landeshauptstadt München muss ihre Hausaufgaben erledigen und mit dem kommunalen Wohnungsbauförderprogramm (KomPro) Mietwohnungsbau auf städtischen Grundstücken finanzieren. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften müssen weiterhin kräftig neue Wohnungen errichten und dabei auch seniorengerecht und barrierefrei bauen. Auch der Bestand muss sukzessive den geänderten Bedarfen angepasst und barrierefrei gestaltet werden. **Der Stadtrat hat beschlossen, dass die Mieten der Stadt Wohnungen fünf Jahre lang nicht erhöht werden.**

Dringend notwendig ist der Ausbau neuer Wohnformen, die es der älteren Generation ermöglichen, in den eigenen vier Wänden zu bleiben: z.B. Wohnen im Viertel, bei dem die notwendige ambulante Versorgung und Pflege nach Bedarf „dazu gebucht“ werden kann und wo es Gemeinschaftsräume zur Belegung gibt.

Wir unterstützen den Bau und die Errichtung von Mehrfamilienhäusern. In ihnen können Austausch und Zusammenhalt der Generationen im Alltag am besten gelebt werden. Projekte wie Wohnen für Hilfe oder Seniorenwohngemeinschaften müssen wir ebenfalls fördern.

Die Stadt hat sich bereits auf den Weg gemacht und fördert Wohnungsbaugenossenschaften intensiv. Bei allen Neubauprojekten wird zukünftig der Bau der Genossenschaftswohnungen über die Reduzierung des Grundstückspreises subventioniert.

Verbesserte Bedingungen für einen Wohnungstausch hat die CSU im Rathaus schon lange und öfter beantragt. Jetzt ist im Stadtrat eine Wohnungstauschbörse für die städtischen Wohnungen als Pilotprojekt beschlossen worden. Ganz wichtig dabei ist, dass es möglich ist, die günstige Miete mitzunehmen. Wer also bislang für 100qm 600€ kalt bezahlt hat, zahlt das auch in der kleinen 40qm Wohnung – die sonst teurer wäre! – weiter. Die Landeshauptstadt München soll auch die Umzugskosten übernehmen und die kleine Wohnung barrierefrei ausbauen.

Auch die Untervermietung von Teilen einer großen Wohnung kann eine win-win-Situation sein. Für Schüler, Studenten oder Auszubildende gibt es eine günstige Unterkunft, für die Älteren soziale Kontakte, Kostenersparnisse und im besten Falle auch noch Unterstützung.

Jedes Untermietverhältnis muss vom Vermieter genehmigt werden. Für die Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften erwarte ich eine grundsätzliche Genehmigung, an private Vermieter kann ich nur appellieren.

Selbstverständlich muss die Stadtverwaltung allen Menschen – ob Jung oder Alt –, die sich bei der Sozialwohnungs-Plattform SOWON nicht auskennen, unterstützen!

Den Wunsch nach Erhöhung des Wohngeldes und der Ausweitung des empfangsberechtigten Kreises kann ich gut nachvollziehen. Ändern kann das aber ausschließlich den Bundesgesetzgeber, an den ich aber gerne als Oberbürgermeisterin die Forderung weiterleite.

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften schützen ihre Mieter bestmöglich. Der angesprochene „Langzeitmieterschutz“ bezieht sich wohl auf private Vermieter. Hier sind die Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) und vertragliche Vereinbarungen entscheidend. Das Argument „Eigenbedarf“ ist der wichtigste Grund

für eine Kündigung. Das muss oft vor Gericht entschieden werden. Die Mieterberatungsstellen beim Sozialreferat kann hier helfen.

Forderung: Bessere Gesundheitsversorgung und Pflege

UNSERE VORSCHLÄGE:

Im geänderten Medizinkonzept der München Klinik ist für das Krankenhaus Harlaching ein Überregionales Notfallzentrum vorgesehen, in welchem alle stationären Anschlussabteilungen bestehen bleiben und die höchste Versorgungsleistung erbringen. Der Runde Tisch Notfallversorgung München an dem auch die privaten und staatlichen Klinikträger teilgenommen haben kommt zu dem Ergebnis, dass sowohl die Qualität als auch die Quantität der Notfallversorgung in München sichergestellt ist.

Auf Grund eines zunächst nicht umsetzbaren geriatrischen Schwerpunkts an den Standorten wird in einem dreijährigen Pilotprojekt in Harlaching ein integriertes Versorgungsnetz für ältere hilfe- und pflegebedürftige Menschen entstehen, das eine sektorenübergreifende Versorgung koordiniert. Das Versorgungsnetz hat zum Hauptziel, die ambulante und (teil)stationäre medizinische, pflegerische, therapeutische und soziale Versorgung älterer, hilfe- und pflegebedürftiger Menschen in der Pilotregion Harlaching zu verbessern. Im Mittelpunkt stehen Personen mit einem komplexen Versorgungs- und Unterstützungsbedarf, die diesen nicht selbst oder mit Hilfe ihres Umfeldes organisieren können. (CSU Stadtratsantrag:03.12.2018, StR Dr. Babor, Beschluss 21.11.2019)

Wir unterstützen den Ausbau und die Förderung der Palliativversorgung und wollen Hospize und die ambulanten Hospize weiter fördern. Seit 2014 wurden die jährlichen Fördergelder laufend erhöht. Im RGU wurde zunächst eine Stelle im Referat für Gesundheit und Umwelt zur Vernetzung auf Antrag der CSU (17.04.2014) geschaffen. Am 08.01.2020 hat die CSU Stadtratsfraktion die Errichtung eines Zentrums für Hospiz- und Palliativbetreuung im Stadtrat beantragt.

Es ist wichtig sowohl die Tages- als auch die Kurzzeitpflege bedarfsgerecht auszubauen. Hier sind die Einflussmöglichkeiten der Stadt jedoch beschränkt, weil seit der Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 bundesweit ein Pflegemarkt entstanden ist, der die Sicherstellung der Versorgung im Sinne einer Balance von Angebot und Nachfrage regeln soll. Die Sicherstellung der Versorgung ist seitdem nicht mehr alleinige Aufgabe der öffentlichen Daseinsversorge. So ist es z.B. Aufgabe der Landeshauptstadt München:

- Eine solide Pflegemarktbeobachtung und –analyse, die das Sozialreferat seit 2011 u.a. im Rahmen eines regelmäßigen Marktberichts zur teil- und vollstationären Pflege erstellt,
- eine regelmäßige Pflegebedarfsermittlung im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtung gem. Art. 69 AGSG, die das Sozialreferat alle vier bis sechs Jahre selbst erarbeitet (zuletzt 2016 und turnusgemäß wieder vorgesehen für Ende 2020),
- die Sicherung und Ausschreibung kommunaler Flächen für verschiedene pflegerische Versorgungsangebote (insbesondere für vollstationäre Pflegeeinrichtungen und ambulante betreute Wohngemeinschaften) verbunden

mit fachlichen Anforderungen an die potentiellen Trägerinnen und Träger/Investorinnen und Investoren,

- die Investitionsförderung für teil- und vollstationäre Pflegeeinrichtungen,
- die Anschubfinanzierung innovativer Versorgungsformen und
- die Förderung der Pflegequalität im Rahmen eigener kommunaler Förderprogramme und Modellprojekte.

In München gibt es derzeit nur 51 feste Kurzzeitpflegeplätze und eine nicht bekannte Zahl an „eingestreuten“ Plätzen in den Pflegeeinrichtungen. Das sind definitiv zu wenig. Der Mangel liegt v.a. darin, dass der Gesetzgeber die Leistungen der Kurzzeitpflege in Anbetracht des Belegungsrisikos für die Einrichtungen nicht ausreichend finanziert. Eine Verbesserung liegt in der Gesetzgebungskompetenz des Bundes und in der Folge ggf. der Länder. Ich werde mich als Oberbürgermeisterin dafür stark machen, dass hier nachgebessert wird.

Für das Jahr 2025 ging das Sozialreferat in der o.g. Pflegebedarfsermittlung von einer Versorgungslücke im Umfang von ca. 600 vollstationären Pflegeplätzen aus. Zur Deckung des entsprechenden vollstationären Bedarfs im Jahr 2025 sollten daher (zusätzlich zum bestehenden Angebot und zu bekannten Planungen) weitere städtische Flächen für ca. 600 Plätze unter Berücksichtigung des regionalen Bedarfs reserviert und vergeben werden.

Beispielsweise wurde für das Neubaugebiet Freiham bereits bei der Bauleitplanung eine Sonderfläche für ein Pflegeheim ausgewiesen.

In München gibt es eine Reihe an Berufsfachschulen für Pflege. Da wir aber ganz dringend Pflegekräfte für die Krankenhäuser und die ambulante und stationäre Pflege benötigen sollten die Kapazitäten für die Ausbildung ausgebaut werden. In diesem Sinne werde ich gerne an die Träger der Schulen appellieren und bei der Landeshauptstadt München prüfen lassen, ob es möglich ist. Ich hoffe, dass die Reform der Pflegeausbildung zu mehr Attraktivität beiträgt und mehr junge Menschen den Einstieg in diesen verantwortungsvollen Beruf wagen. Notwendig ist es aber auch, dass das neue Fach Pflegewissenschaft an noch mehr Hochschulen gelehrt wird und der Freistaat Bayern entsprechende Finanzmittel bereitstellt. Ein Mentorenprogramm finde ich eine tolle Idee, ich werde mich gerne dafür einsetzen.

Hinsichtlich der Arbeitsbedingungen wollen wir Routineaufgabe wie z.B. Dokumentation etc. durch Digitalisierung beschleunigen. Ferner soll über den Einsatz von Robotern als Hilfsmittel nachgedacht werden, um die Pflegekräfte bei körperlich anstrengenden Tätigkeiten zu entlasten. Ebenso soll geprüft werden, wie technische Hilfsmittel z.B. bei der Versorgung von dementiell erkrankten Menschen mit Weglauftendenzen in stationären Einrichtungen nutzbar gemacht werden können um das Personal zu entlasten. CSU Anträge, StR Dr. Babor vom 05.02. und 08.03.2019). Zurzeit findet auf der Basis dieser Anträge eine Evaluierung statt, wo und in welchem Umfang bereits die sog. „smarte Pflege“ angewandt wird und wie die Situation in München darstellt.

Das Pflegepersonal in den Alten- und Pflegeheimen und den Kliniken bildet in München die entscheidende Nahtstelle in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Wir müssen alles unternehmen, die Attraktivität dieses Berufes zu steigern. Um dies zu gewährleisten hat die CSU Stadtratsfraktion in einem Antragspaket gefordert, bei der Wohnungsvergabe für alle Pflegekräften ein eigenes Kontingent einzuräumen. Gleiches gilt für die Bereitstellung von Kinderbetreuungskräften. Dazu sollen alle Pflegekräfte kostenlos den öffentlichen

Personennahverkehr benutzen dürfen. Zu guter Letzt soll allen Pflegekräften eine „München-Zulage“ in Höhe von 200 € von der Stadt bezahlt werden.

Zuständig sind hier die staatlichen Stellen bei den Regierungsbezirken und das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales. Bei der Anerkennung der beruflichen Qualifikation geht es der CSU insbesondere darum, sowohl die Dauer des Verfahrens zu beschleunigen und gleichzeitig keine Abstriche hinsichtlich der Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber hinzunehmen. Unter diesem Gesichtspunkt müssen zeitnah in der Europäischen Union die Ausbildungsinhalte auf hohem Niveau vereinheitlicht werden.

Die grundsätzliche Feststellung der Kassenärztlichen Vereinigung, die ambulante Versorgungssituation z.B. mit Haus- oder auch Kinderärzten für die Stadt München sei übererfüllt täuscht darüber hinweg, dass die Verteilung in den Stadtbezirken sehr stark voneinander abweicht. Wir fordern daher im Bereich der haus- und kinderärztlichen Versorgungssituation in München:

- die Realisierung einer kleinräumigeren Bedarfsplanung für die haus- und kinderärztliche Versorgung in der Großstadt München
- die Überprüfung der Verhältniszahlen der haus- und kinderärztlichen Versorgung und Anpassung an den aktuellen Bedarf in einer wachsenden Stadt
- das Bestreben einer gleichmäßigeren Verteilung der Haus- und Kinderarztpraxen in der Großstadt München
- Stärkung der Mitspracherechte der Kommunen in der Bedarfsplanung

Das ist ein nachvollziehbarer Wunsch und nicht nur für die ältere Generation. Sondern auch für die Jüngeren mit Kinderwagen u.s.w. sinnvoll.

Es gibt leider derzeit keine rechtlichen Möglichkeiten dies bei privaten Immobilien durchzusetzen, aber darauf hinwirken werden ich gerne. Die Landeshauptstadt München muss mit gutem Beispiel vorangehen und alle öffentlichen Gebäude barrierefrei zugänglich machen.

Forderung: Verbesserte Angebote zur Mobilität

UNSERE VORSCHLÄGE:

Fußgänger: die CSU StR Fraktion hat seit 2014 bei all ihren Anträgen zum Thema Verkehr/Mobilität auch und insb. die Fußgänger im Fokus. Es ist unser wichtiges Ziel mit unseren Forderungen zu zukunftsfähigen Verkehrsmobilität mit Kombination und Vernetzung sämtlicher Verkehrsmittel die Fußgänger zu unterstützen und zu schützen. Mit unserem letzten Antrag (v. 16.01.20) haben wir z.B. gefordert, dass bei der künftigen Baustellensituation in der Laimer Unterführung das Sicherheitsbedürfnis der Fußgänger in den Vordergrund gestellt wird. Mit unserem Antrag bedarfsgerechte Lösungen an Wechselrolltreppen war uns wichtig, den Älteren einen Fahrtrichtungswechsel der Rolltreppen auf Anforderung zu ermöglichen. Wir haben gefordert die Anzahl an Sitzplätzen für Ältere in den Bussen, Trams und U-bahnen und Verbesserungsvorschläge vorzulegen. Kurze, schnelle Umsteigebeziehungen, Barrierefreiheit stehen im Mittelpunkt unserer Forderungen damit unsere Senioren ihre Wege und Ziele künftig komfortabel sicher und schnell erreichen können.

Scooter abstellen: Fußwege, Fußgängerzonen und Plätze müssen bedarfsgerecht erweitert werden und zugleich effizient und attraktiv gestaltet sein. Ein besonderer Schwerpunkt ist dabei auf die Sicherheit gerade auch älterer Menschen zu legen. Dabei müssen ganzjährig unsere Bürgersteige nutzbar und aufgeräumt werden. Wir fordern deswegen auch den Ausbau von ausreichend sicheren Rad- und E-Scooterabstellplätzen.

S-Bahn Ring: Sowohl der Nord als auch der Süd Ring sind dringende Forderungen der CSU. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein. So haben wir z.B. mit Antrag v. 22.03.17 die Prüfung der Realisierbarkeit einer Ringbahn entlang bestehender Bahntrassen und Straßen und Freihaltung von Flächen für eine Ringbahn gefordert. Der Nord als auch der Süd Ring müssen vorangetrieben werden um die Menschen vom Verkehr zu entlasten. Die Ringbahn wäre ein schnelle, leistungsfähige und attraktive Alternative zum Straßenverkehr und könnte zukünftiges Verkehrswachstum auf die Schiene lenken und zur Vermeidung von Staus beitragen. Die Teilabschnitte befinden sich auf einem unterschiedlichen Stand, so hier z.B auch die DB, Freistaat und der Bund betroffen sind. Die CSU Fraktion bleibt bei Ihrem Ziel sich dafür einzusetzen.

Wir unterstützen die Forderungen des Seniorenbeirats nach einer Erhöhung der Anzahl an Aufzügen und Rolltreppen, sowie deren Benutzbarkeit. Auch uns Missfällt der häufige Sperrungszeitraum und die langen Wartezeiten auf Reparaturen. Neben den verbesserten Informationen von Störungen müssen auch Wege behindertengerecht und möglichst barrierefrei gestaltet werden. Dafür werden wir uns die nächsten Jahre weiterhin einsetzen.

U-Bahn Netz: die CSU war immer die Partei der U-Bahn und hat die U-Bahn Planung seit 2014 wieder angestoßen. Wir fordern die

- Fertigstellung der U 5 nach Pasing und Weiterführung über Freiam nach Germering
- konsequente Weiterführung der wiederbegonnenen U-Bahn-Planung mit den Linien U9, U4, U26
- Verbindung von Moosach in den Münchner Westen
- U5 Verlängerung von Neuperlach nach Ottobrunn und ggf. darüber hinaus sowie die U4 Verlängerung nach Engelschalking
- U6 Verlängerung nach Martinsried/Planegg

Straßenbahn u. Busnetz: Wir fordern die Bus-Offensive mit eigenen Busspuren. Damit sollen Kapazitäten schnell erhöht und Busspuren ausgebaut werden. Mit Express-Bussen gerade auch in Stadtrandgebieten, sollen schnell zusätzliche ÖPNV-Angebote geschaffen werden. Dazu haben wir z.B. am 05.12.19 die Erhöhung der Attraktivität der U-Bahn mit 6 Anträgen gefordert. Zudem am 28.01.20 (unser Bekenntnis zu U5 nach Freiam mit Antrag v. 29.10.18 abgegeben) die Festlegung der Trasse zu U5 gefordert.

Gleichzeitig wollen wir im Bereich Straßenbahnen einzelne Ergänzungen im Netz durchführen. So z.B. hat die CSU mit Anträgen v. 20.01.10 die Verlängerung der Tram von der derzeitigen Endhaltestelle Berg-am-Laim Bahnhof bis zum S-Bahnhof Riem

und die Verlängerung der Tram von der Haltestelle Schwanseestr. nach Neuperlach Zentrum gefordert.

Öff. Toiletten: Die CSU setzt sich sowohl für den Erhalt als auch den Ausbau der öffentlichen Toiletten ein. So haben wir z.B. mit dem Antrag v. 13.02.15 gefordert die Toilettensituation zu verbessern. Und es wäre schön, wenn sie kostenlos zur Verfügung stünden. Leider ist die Umsetzung sehr schwierig.

Die SPD-Fraktion im Münchner Stadtrat setzt sich für einen Großteil der Themen ein, die in den **Wahlprüfsteinen des Seniorenbeirats** benannt sind. Im Nachfolgenden sind unsere Inhalte und Forderungen nach Ihren Kriterien aufgeteilt:

Soziale Ungleichheit mindern, Armut bekämpfen

Ein Großteil der Prüfsteine liegt leider nicht in unserem Machtbereich als Fraktion im Stadtrat; wir sind aber in ständigem Kontakt mit Land und Bund und bringen entsprechende Vorschläge und Forderungen konsequent ein. Im Rahmen unserer Möglichkeiten sowie über unseren Oberbürgermeister versuchen wir, das Bestmögliche für die sozial Schwächeren zu leisten, beispielsweise fordern wir einen Regelsatz für die Grundsicherung, der 100 € über der Leistung des Bundes liegt. Aktuell erhalten Münchner*innen als freiwillige Leistung der Landeshauptstadt München 21€ mehr als vom Bund vorgesehen.

(vgl. <https://spd-rathausmuenchen.de/antraege/?id=426553>)

Als SPD teilen wir selbstverständlich die Forderung des Seniorenbeirats nach gerechteren Steuergesetzen, einem angemessenen Mindestlohn und einem Rentenniveau, welches nach einem Leben voller Arbeit ordentlich absichert.

Der Münchner SPD ist es wichtig, dass Seniorinnen und Senioren unterhalb der Armutsrisikogrenze und ohne Anspruch auf Grundsicherung unterstützt werden, u.a. durch kostenfreie Kultur-, Freizeit- und Mittagsangebote. Letztere dehnen wir auch auf das Wochenende und Feiertage aus. Das deutschlandweit einzigartige Angebot der Alten- und Servicezentren wollen wir auch in Zukunft weiter ausbauen.

Als ganz wesentlich betrachten wir zudem die **zahlreichen freiwilligen Leistungen** der Landeshauptstadt München für ihren Bürger*innen von denen viele auf SPD-Initiative zurückzuführen sind. Eine nicht abschließende Auflistung findet sich unter:

<https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Sozialreferat/Themen/Freiwillige-Leistungen.html>

Als kleines aktuelles Beispiel ist der städtische Zuschuss zum Kauf eines Tablets oder Laptops in Höhe von 250,- € zu nennen, auf den Senior*innen ab Mitte 2020 zugreifen können. In Verbindung mit Schulungen wollen wir somit die digitalen Kompetenzen der Senior*innen unterstützen, um in einer immer weiter digital werdenden Welt Fuß zu fassen und aktiv teilnehmen zu können. (vgl. <https://spd-rathausmuenchen.de/antraege/?id=421806>)

Bezahlbaren Wohnraum gewährleisten

Bezahlbarer Wohnraum ist ein Kernthema unserer kommunalen Politik. Wir sehen für uns die Verpflichtung, ein gemeinwohlorientiertes Gegengewicht zum privaten, profitorientierten Wohnungsmarkt zu schaffen. Wir wollen die **Zweckentfremdungssatzung verschärfen**, damit Wohnraum nicht mehr den Großteil des Jahres leer stehen darf, nur weil der Eigentümer es sich leisten kann (<https://spd-rathausmuenchen.de/news/spd-stimmt-fuer-verschaerfung-der-zweckentfremdungssatzung/>).

Es ist bekannt, dass die noch vorhandenen Flächen in der Stadt begehrt, gleichzeitig aber auch für den Bau notwendiger Wohnungen begrenzt sind. Auch dadurch steigt der Verdrängungsdruck auf gering bis gutverdienende Haushalte. Wohnungsbaupolitik muss sich daher noch stärker auf die **Schaffung neuen bezahlbaren Wohnraums** konzentrieren, gleichzeitig aber sicherstellen, dass heute bezahlbares Wohnen auf Dauer bezahlbar bleibt. Die Stadt wird auch weiterhin die kommunalen Wohnungsgesellschaften zur **Schaffung von barrierefreien Wohnungen** verpflichten. Das Entstehen von Gemeinschaft in den Häusern der kommunalen Wohnbaugesellschaften durch Maßnahmen der sozialorientierten Gebäudebewirtschaftung wird aktiv gefördert.

Gemeinsam mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, gemeinwohlorientierten Akteuren und den Genossenschaften bauen wir den gemeinnützigen Wohnungsmarkt weiter aus und schützen so die Mieterinnen und Mieter dauerhaft vor dem Irrsinn der Mietpreisentwicklung. Wichtig ist uns dabei, dass **kommunale Grundstücke nicht verkauft** werden – auch nicht für Gewerbebezwecke, sondern ausschließlich in Erbbaurecht an die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften oder gemeinnützige, nicht primär profitorientierte Wohnbauträger in Konzeptausschreibungen. Wir wollen außerdem die **Schaffung von Werkwohnungen** oder **Förderung von Genossenschaften** als Bedingung für die Ansiedlung neuer Betriebe.

Wir unterstützen Wohnbaugenossenschaften wie z.B. 2018 in Freiam, als wir die Vergabe von Grundstücksflächen in einem Dringlichkeitsantrag durchgesetzt haben (<https://spd-rathausmuenchen.de/antraege/?id=406927>, Ergebnis: <https://www.muenchen-transparent.de/dokumente/5048933>).

Ebenso unterstützen wir Modelle wie das des **Wohnungstausches** für Senior*innen, wenn eine kleinere Wohnung den Ansprüchen besser genügen würde oder die momentane Wohnung nicht barrierefrei zugänglich ist (<https://spd-rathausmuenchen.de/antraege/?id=482201>). Selbstverständlich sind für uns dabei ähnlich gute Mietbedingungen in der neuen Wohnung sowie die Übernahme der Umzugskosten.

Um Senior*innen bei der **Wohnungssuche über SOWON** oder auch bei anderen digitalen Diensten wie Online-Banking, der Terminvergabe des Bürgerbüros o.ä. zu unterstützen, haben wir einerseits Schulungen durch ehrenamtliche Helfer*innen durchgesetzt (vgl. <https://spd-rathausmuenchen.de/antraege/?id=421804>); andererseits ein alternatives digitales Angebot, zugeschnitten auf Senior*innen mit Fokus auf erleichterter Bedienung gefordert (vgl. <https://spd-rathausmuenchen.de/antraege/?id=421807>).

Die **Förderung und Unterstützung neuer Wohnformen** ist der SPD im Münchner Rathaus ein ebenso wichtiges Anliegen. Neue Wohnprojekte erlauben die Begegnung zwischen Jung und Alt, mit dem Ziel, solidarisches Handeln zum Wohle der jeweils anderen Generation zu ermöglichen, sich gegenseitig zu unterstützen und so neue Lebensqualität zu schaffen. Wir entwickeln neue Formen des Miteinanders und treten für die Förderung des generationenübergreifenden, kleinräumig sozial gemischten Wohnens ein.

Eine weitere Forderung unsererseits ist **das lebenslange Wohnrecht für Senior*innen** in München ein – eine Praxis, die wir beim städtischen Wohnungsbestand so schon anwenden.

Bessere Gesundheitsversorgung und Pflege

Die SPD-Stadtratsfraktion setzt sich aktiv **gegen jede Form von Betten- und Stellenabbau in der Pflege** ein.

Um der weiterhin alternden Gesellschaft gerecht zu werden, braucht die Landeshauptstadt ein größeres Angebot in der Altersmedizin und zwar gleichmäßig über die gesamte Stadt verteilt. So haben wir die Stadtkämmerei und die München Klinik GmbH aufgefordert, das aktuelle Angebot zu evaluieren und zu erweitern (<https://spd-rathausmuenchen.de/antraege/?id=484596>), damit eine wohnortnahe Versorgung möglich ist. Konkret setzen wir uns für den **Ausbau der Altersmedizin** in der München-Klinik Schwabing und Harlaching ein.

Auf dem Gebiet der **Palliativversorgung** haben wir uns sowohl für ambulante (<https://spd-rathausmuenchen.de/news/hospiz-und-palliativmedizin-spd-stimmt-fuer-mehr-foerdergelder/>) als auch stationäre (<https://spd-rathausmuenchen.de/antraege/?id=355898>) Lösungen eingesetzt und wollen die Angebote in den kommenden Jahren ausbauen.

Um auch das nicht direkt bei der LHM angestellte **Pflegepersonal** zu **entlasten**, unterhält die Stadt München mit der Münchenstift GmbH und der München Klinik GmbH Vereinbarungen über die **Bereitstellung von städtisch geförderten Wohnungen für die Angestellten**. Für die Auszubildenden in der Berufsschule wird auf Antrag der SPD-Fraktion außerdem ein Wohnheim gebaut werden. So hoffen wir, dem Pflegenotstand Stück für Stück entgegenzuwirken. Das kürzlich von der SPD beantragte Mentorenprogramm für Pflegekräfte in der Ausbildung ist in diesem Zusammenhang ein weiterer Baustein für uns. (<https://spd-rathausmuenchen.de/antraege/?id=498501>)

Wie auch vom Seniorenbeirat gefordert, setzen wir uns für eine **Bezahlung nach Tariflohn** (TVöD) für alle Klinikbeschäftigten ein und erachten eine nachvollziehbare Personalbemessung, die die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes ermöglicht, insbesondere für die Pflege, für Hebammen, Therapeuten, Ärztinnen und Ärzte als immanent.

Mit der Einführung der **München-Zulage** in 2020 unterstützen wir alle Beschäftigten der Landeshauptstadt und ihrer Unternehmen und Töchter, also insbesondere auch die Beschäftigten im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Damit jeder Mensch in München den Arztbesuch unbeschwert meistern kann, setzen wir uns aktuell für mehr **Barrierefreiheit in den Arztpraxen** ein; dazu wollen wir eine transparente Informationsquelle über die Ausstattung besagter Praxen im Bezug auf deren Zugänglichkeit. So bald wie möglich soll jede Arztpraxis barrierefrei erreichbar sein. (vgl. <https://spd-rathausmuenchen.de/antraege/?id=507266>)

Die **gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am Arbeits- und Ausbildungsmarkt** ist ein zentrales Anliegen der Münchner SPD. Dabei geht es uns nicht vorrangig um die Entwicklung neuer Sonderprogramme, sondern um die Veränderung der bestehenden Systeme. Wir sorgen dafür, dass junge Migrantinnen und Migranten gute Bildungschancen haben und dass Menschen mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus schnell Arbeit finden können. Die schnellere Anerkennung der Qualifikation ausländischer Pflegekräfte ist uns ein wichtiges Anliegen.

Verbesserte Angebote zur Mobilität

Pünktlich zum Aufbau des neuen Mobilitätsreferates haben wir eine Kernforderung eingebracht: Neben der/dem Radfahrer*innenbeauftragten soll ebenso ein*e Fußverkehrsbeauftragte*r beschäftigt werden. Diese Person hat u.a. die Gewährleistung von Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit sowie die Wahrung der Rechte des Fußverkehrs zur Aufgabe (<https://spd-rathausmuenchen.de/antraege/?id=481907>).

Seniorinnen und Senioren müssen angstfrei auf die Straße gehen können. Sie sollen weder von E-Scootern, Radlern oder Autos gefährdet werden. Innovative Konzepte, um Ampelphasen bedarfsgerecht zu verlängern, sollen getestet werden. Die Stadt und die MVG werben mit einer großen, wiederkehrenden Kampagne für **mehr Rücksichtnahme mit älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen** im öffentlichen Raum und in U-, S- und Trambahnen.

Wir wollen sicherstellen, dass **Fahrräder und E-Scooter in Zukunft besser geparkt** werden können. Hier fordern wir insbesondere für die neuen E-Scooter klare Regeln. Auch ist es uns wichtig, dass der Ausbau der Abstellplätze nicht auf Kosten von Fußgänger*innen erfolgt.

Neben einer personellen Aufstockung für verbesserte Mobilität haben wir auch eine monetäre Aufstockung durchgesetzt – statt 10 Millionen jährlich wie bisher beträgt die Nahmobilitätspauschale jetzt 25 Millionen jährlich. Diese Summe ist auch notwendig, um wichtige Schritte in der Mobilitätswende zu vollziehen. (vgl. <https://spd-rathausmuenchen.de/news/beschlossen-stadt-gibt-auf-spd-initiative-deutlich-mehr-geld-fuer-fuss-und-radverkehr/>).

Der andere Hauptbereich unserer Mobilitätspolitik ist der öffentliche Nahverkehr inklusive der Haltestellen. Für uns hat die **barrierefreie Erreichbarkeit des ÖPNV** höchste Priorität, defekte Fahrstühle, Rolltreppen usw. müssen zuverlässig und so schnell wie möglich repariert werden. Die Stadtratsfraktion hat sich beispielsweise sehr für den Laimer Bahnhof eingesetzt, der während der laufenden Umbauarbeiten vorerst keinen funktionierenden Aufzug bieten sollte. (<https://spd-rathausmuenchen.de/antraege/?id=493125>).

Zur Ausstattung eines modernen Bahnhofs gehören außerdem **kostenlose und barrierefreie Toiletten**. Wir nehmen uns vor, bei jeder größeren Umbaumaßnahme gleichzeitig WC-Anlagen einzubauen. Auch den Ausbau von WC-Anlagen, die nicht an oder in Bahnhöfen liegen, treiben wir voran. So sind über die nächsten Jahre 30 hochmoderne, barrierefreie und kostenlose öffentliche Toiletten im ganzen Stadtgebiet geplant. Die erste wurde 2019 am Partnachplatz schon eingeweiht. (<https://www.muenchen.de/aktuell/2019-11/neue-oeffentliche-toiletten-geplant.html>; SPD-Antrag: <https://spd-rathausmuenchen.de/antraege/?id=493776>)

Damit jede*r Bewohner*in unserer schönen Stadt die Angebote des ÖPNV nutzen kann, wollen wir das Netz von U-Bahn, Bus und Tram konsequent weiter ausbauen.

Konkret werden wir in der Amtszeit 2020-2026 folgende **U-Bahnprojekte** voranbringen:

- die Nord-Süd-U-Bahn (U9)
- die Verlängerung der U5 bis Pasing bzw. Freiam
- die Durchführung einer Machbarkeitsstudie für eine U-Bahn-Ringlinie, um zukünftig die Innenstadt zu entlasten
- die Verlängerung mit Ringschluss der U4 zur Messestadt Riem
- die U26

Unsere Pläne für den Ausbau der **Trambahn**:

- Fertigstellung und Inbetriebnahme der Trambahn-Westtangente
- Baubeginn der Tram-Nordtangente (Englischer Garten)
- Verlängerung Tram 23-24 bis Kieferngarten
- eine Tram als Vorläufer zur U26
- Machbarkeitsstudie Umweltverbundbrücke um eine Trambahn-Südtangente
- eine Voruntersuchung durchgeführt für eine Tram-Nordsüd-Tangente
- Verlängerung der Trambahnlinie 17 von der Amalienburgstraße

Im ÖPNV-Konzept der Münchner SPD sind dabei die Schaffung von neuen **Expressbuslinien** (auch als Verknüpfung in die Region), die Einrichtung eines zusätzlichen **Ringbusses**, die Feinerschließung der Altstadt im Rahmen des Projektes „autofreie Innenstadt“ und die Planung und der **Bau von Busspuren** zentrale Anliegen. Insbesondere mit dem Ausbau der Busspuren wollen wir den ÖPNV noch attraktiver machen, damit die Münchnerinnen und Münchner ohne Staus oder von Unfällen gebremst durch den Verkehr kommen.



Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine, zu denen wir wie folgt Stellung nehmen:

Soziale Ungleichheit mindern, Armut bekämpfen

Die Forderungen des Seniorenbeirats decken sich sehr weitgehend mit unserer Sozialpolitik. Auch Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für gerechtere Steuergesetze ein – z. B. für eine höhere Besteuerung leistungsloser Gewinne aus Immobilienspekulation, für eine Begrenzung steuerlicher Abschreibungsmöglichkeiten und für eine Vermögenssteuer für Superreiche. Auf der anderen Seite wollen wir geringere und mittlere Einkommen steuerlich entlasten, den Mindestlohn erhöhen und alle Bürgerinnen und Bürger in die sozialen Systeme mit einbeziehen. Wer viele Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll im Alter auch davon leben können. Das Rentenniveau darf daher nicht weiter fallen!

All dies fällt allerdings nicht in die Zuständigkeit eines Gemeindeparlaments. Der Stadtrat kann, wie Sie einleitend richtig feststellen, nur versuchen, über den Städtetag oder über direkten Kontakt mit den Entscheidungsträgern auf Bundes- oder Landesebene in dem oben beschriebenen Sinne Einfluss zu nehmen. Das haben wir in der Vergangenheit regelmäßig getan und das werden wohl auch in der nächsten Stadtratsperiode tun müssen.

Bezahlbaren Wohnraum ermöglichen

Das schwerste sozialpolitische Problem in München ist die Wohnungsnot – und hier hat der Stadtrat erheblichen Einfluss. Dieses Kapitel nimmt daher in unserem Kommunalwahlprogramm breiten Raum ein.

Wir Grüne wollen den Anteil des geförderten und preisgedämpften Wohnungsbaus von 2.000 auf 4.000 Wohnungen verdoppeln. Wir erhöhen auch die Bautätigkeit der städtischen Wohnungsbaugesellschaften von jährlich 1.250 auf künftig 2.000 neue Wohnungen im Jahr.

Beim Bau bezahlbaren Wohnraums sollen Genossenschaften eine wichtige Rolle spielen, denn ihre Wohnanlagen sind ebenso wie die der städtischen Gesellschaften nicht der Profitmaximierung unterworfen. Wir haben daher schon mehrmals Stadtratsbeschlüsse zur Förderung von Wohnbau-Genossenschaften herbeigeführt bzw. mitgetragen. Diesen Kurs werden wir beibehalten.

Barrierefreiheit ist uns beim Wohnungsbau ein wichtiges Anliegen. In unserem Programm fordern wir auch über die ganze Stadt verteilt moderne, altengerechte Wohnungen bevorzugt in Anlagen mit Mehrgenerationenanteil.

Wohnungstausch ist ein gutes Mittel, um einerseits älteren Menschen zu bedarfsgerechten Wohnungen zu verhelfen und um andererseits Familien zu einer größeren Wohnung zu verhelfen. Der Stadtrat hat hier schon einige richtige Beschlüsse gefasst. Die Hilfsangebote sind aber sicher noch ausbaufähig, ebenso wie die Unterstützung beim Umgang mit der SOWON. Generell sind wir der Auffassung, dass sich die Stadtverwaltung angesichts der demographischen Entwicklung besser auf die Bedürfnisse älterer Menschen einstellen muss.

Bessere Gesundheitsversorgung und Pflege

Die Notfallversorgung hat leider nicht nur in München mit großen Problemen zu kämpfen. Die Ursachen hierfür liegen nicht nur im Mangel an Pflegekräften, sondern auch in der Unterbewertung der Notfallversorgung durch das gegenwärtige Krankenhausfinanzierungssystem. Hier besteht auf Bundesebene dringender Handlungsbedarf. In der München Klinik darf die Notfallversorgung keineswegs unter das jetzige Niveau absinken.

Ein Ausbau der medizinischen Versorgung alter Menschen liegt in der Logik der demographischen Entwicklung. Die München Klinik muss sich darauf einstellen. Einrichtungen der Hospiz- und Palliativmedizin wollen wir erhalten und ausbauen. Das Angebot an Pflegeplätzen in der MünchenStift muss bedarfsgerecht erweitert werden. Zur Gewinnung von mehr Pflegepersonal setzen wir auf leistungsgerechte Bezahlung (wo immer möglich mit München-Zuschlag) bessere Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung und die Entbürokratisierung bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Auch die Wohnsituation von Pflegekräften wollen wir durch ein höheres Angebot an geförderten Wohnungen verbessern (s. Abschnitt Wohnungsbau). Wir setzen uns für vermehrte Angebote der Kurzzeitpflege ein, einen entsprechenden Antrag hat unsere Stadtratsfraktion erst vor kurzem gestellt.

Wir sorgen dafür, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung versorgt werden können. Dazu gehört auch ein Konzept für eine wohnortnahe und geschlossene Versorgungskette – ambulant und stationär. Barrierefreier Zugang zu Arztpraxen ist laut Behindertenrechtskonvention Pflicht - die jedoch leider häufig ignoriert wird. Hier ist die Stadt gefragt, die Initiative zu ergreifen, damit im Stadtgebiet wenigstens eine ‚Grundversorgung‘ an Arztpraxen und Gesundheitseinrichtungen mit barrierefreiem Zugang gewährleistet ist. Auch dieses Problem hat unsere Fraktion auf die Tagesordnung des Stadtrats gesetzt.

Verbesserte Angebote zur Mobilität

Ihre Forderung, die FußgängerInnen in den Mittelpunkt der Mobilität zu stellen, deckt sich mit einem zentralen Anliegen der Grünen Verkehrspolitik. Erst Ende Januar 2020 haben mit einem umfangreichen Antragspaket erneut die Initiative ergriffen, um das Zufußgehen barrierefreier, attraktiver, sicherer und damit seniorenfreundlicher zu machen: Durch Schaffung von neuen Fußgängerzonen und von Gemeinschaftsstraßen, in denen Autos nur mit reduzierter Geschwindigkeit fahren dürfen, durch mehr Zebrastreifen und vieles mehr (Näheres siehe hier: <https://www.gruene-fraktion-muenchen.de/muenchen-gut-zu-fuss/>).

Für den Öffentlichen Nahverkehr fordern wir in unserem Wahlprogramm einen entschlossenen Ausbau und mutige Investitionen. Das betrifft neue U-Bahnverbindungen (U5 nach Pasing und Freiam, U4 nach Englschalking und die Planung der U9 durch die Innenstadt) und eine deutliche Ausweitung des Trambahnnetzes durch die West- und Nordtangente, durch weitere Innenstadtquerungen und durch die Verlängerung einiger bestehender Linien bis an den Stadtrand und womöglich darüber hinaus. Auch Taktverdichtungen, Barrierefreiheit an allen Haltestellen und eine besseres Störfallmanagement gehören zu unseren Forderungen.

Die S-Bahn befindet sich nicht im direkten Einflussbereich der Stadt. Hier wird es eine ständige Aufgabe des Stadtrats bleiben, auf die Deutsche Bahn und die Bayerische Staatsregierung einzuwirken, um die nötigen Ausbauten und Verbesserungen zu erreichen. S-Bahn-Südring und Nordring stehen da weit oben auf der Agenda, ebenso wie die Barrierefreiheit aller Bahnhöfe.

München, den 17.2.2020



Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Mitglieder des Seniorenbeirates,

der englische Philosoph Edmund Burke, der Vater des Konservatismus, hat es vielleicht am besten ausgedrückt. Er verstand die Gesellschaft als einen Vertrag, welcher unkündbar zwischen den Generationen besteht, „...den lebenden, den Toten, und jenen, die noch geboren werden...“.

Das Wohl der Senioren ist, ganz in diesem Sinne, eine besondere Verpflichtung jeder Gesellschaft.

Diese Vorstellung von Gemeinschaft, die konservatives Denken von je her auszeichnet, steht auch im Kern der Politik der Alternative für Deutschland.

Nicht nur müssen die gesellschaftlichen Verdienste der Senioren Anerkennung finden, es muss ihnen auch die Möglichkeit gegeben werden, ein würdevolles Leben zu führen.

Gerne geben wir daher eine Stellungnahme zu den vom Seniorenbeirat der Landeshauptstadt München vorgelegten Forderungen ab.

Soziale Ungleichheit mindern, Armut bekämpfen

Die Münchner AfD teilt Ihre Sorgen bezüglich des Anstiegs von Altersarmut und sozialer Ungleichheit. Wir sind uns der massiven gesellschaftlichen Herausforderung bewusst, vor der wir nicht nur in München, sondern landes- und bundesweit stehen. Wir sind gewillt, uns gerade bei Fragen, die auf kommunaler Ebene nicht zu lösen sind, auch über die Grenzen der Landeshauptstadt hinaus, beispielsweise in den Städtetagen, Gehör zu verschaffen, um dieser Herausforderung zu begegnen.

Ein gerechteres und nachvollziehbareres Steuerrecht ist erklärtes Ziel der Alternative für Deutschland. Im Rahmen einer grundsätzlichen Steuerreform wollen wir vor allem die kommunale Selbstverwaltung stärken und den Kommunen ein kommunales Steuerrecht zugestehen. Dies hat stetige und planbare Einnahmen für die Kommunen zum Ziel. Die Einführung der kommunalen Bürger- und Unternehmenssteuer soll nicht zu einer zusätzlichen Steuerbelastung führen, sondern mit einer Senkung der allgemeinen Lohn- und Einkommenssteuer einhergehen. Die Erhöhung des Grundfreibetrags, welche wir auf Bundesebene fordern, wird gerade geringe und mittlere Einkommen entlasten.

Die Renten sind gerecht zu gestalten. Die AfD setzt sich daher dafür ein, dass durch Arbeitsleistung und andere anrechenbare Zeiten, wie zum Beispiel Erziehungszeiten, erworbene Rentenansprüche mit einem angemessenen Aufschlag zur Grundsicherung Berücksichtigung finden.

Behinderungen, chronische Leiden, etc. und daraus entstehende Mehrbedarfe sind in der Festlegung der Bezüge aus der Grundsicherung zu berücksichtigen.

Personen, die durch niedrige Entlohnung oder unterbrochene Erwerbsbiographien keine Rentenansprüche aufbauen konnten, die das Niveau der Grundsicherung übersteigen, sollten in Zukunft nicht länger mit Personen gleichgestellt werden, die nie sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Das ist ungerecht.

Bekanntlich wird bereits in naher Zukunft die Zahl der Rentner im Verhältnis zur Zahl der Beitragszahler überproportional steigen. Die jüngeren Generationen der Beitragszahler werden diese finanzielle Verpflichtung nicht allein schultern können.

Es wird daher nötig sein, die Transferleistungen aus den allgemeinen Steuerzahlungen an die Rentenversicherung erheblich zu erhöhen, um die Beiträge der arbeitenden Menschen in erträglichen Grenzen zu halten.

Dies wird zu einer Stabilisierung des Rentenniveaus beitragen.

Bezahlbaren Wohnraum ermöglichen

Eine Lösung für das Problem des anhaltenden Wohnungsmangels zu finden, ist ein Kernanliegen der Münchner AfD. Wir sind uns bewusst, dass der Mangel an bezahlbarem Wohnraum gerade Senioren unverhältnismäßig stark belastet.

Die AfD setzt sich nachdrücklich für den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus ein. Das Gleiche gilt für den genossenschaftlichen Wohnungsbau.

Den Bau neuer, preiswerter Wohnungen wollen wir aktiv vorantreiben und mit finanzieller Unterstützung sowie der Vergabe öffentlichen Baugrundes zu diesem Zweck fördern.

Außerdem beabsichtigen wir, den Wohnungsneubau durch den Abbau bürokratischer Hürden zu beschleunigen.

Barrierefreiheit muss bei Neubau und Sanierung von Wohnraum immer Berücksichtigung finden.

Wir setzen uns auch für einen Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr und öffentlichen Gebäuden ein.

Neue Wohnformen, wie etwa Mehrgenerationen-Wohnen oder Seniorenwohngemeinschaften können dazu beitragen, Alterseinsamkeit und soziale Isolation zu vermeiden. Ein Ziel, welches die AfD aktiv unterstützen will. Wir sind der Überzeugung, dass zwischenmenschliche Begegnungen über Generationengrenzen hinweg gerade für die persönliche Entwicklung von Kindern von unschätzbarem Wert sind.

Eine Förderung des Wohnungstausches wird von der AfD voll und ganz unterstützt.

Die Beibehaltung der Quadratmetermiete beim Wohnungstausch ist bei Wohnungen mit vergleichbarem Standard, welche sich in städtischer Hand befinden, für Mieter mit finanziellen Schwierigkeiten zu ermöglichen. Dies trägt ebenfalls zur Lösung der Wohnraumkrise bei, da es hierdurch jungen Familien ermöglicht wird, größere Wohnungen zu beziehen und gleichermaßen Senioren nicht befürchten müssen, dass nach dem Umzug in eine kleinere Wohnung eine höhere Miete zu zahlen ist.

Eine Erleichterung der Untervermietung unterstützen wir, sofern sie nicht der generellen Lösung des Wohnraumproblems in München und dem Mieterschutz zuwiderläuft.

Wir sind gern bereit, uns mit Ihnen über Möglichkeiten zur Verbesserung der Angebote von SOWON kurzzuschließen.

Wie auch bei staatlichen Leistungen, welche die Kosten für die Unterkunft beinhalten, bleibt das Wohngeld, vor allem der Mietzuschuss, hinter der tatsächlichen Entwicklung der Mietpreise zurück.

Eine Anpassung ist auch aus unserer Sicht erforderlich.

(Langzeit-) Mieterschutz liegt ebenfalls im Interesse der AfD, da die Stabilisierung der Mietverhältnisse nicht nur im Interesse des einzelnen Mieters liegt, sondern auch zur Normalisierung des Wohnungsmarktes beitragen kann.

Bessere Gesundheitsversorgung und Pflege

In Zeiten von Sparzwängen und Privatisierungswellen sieht es die AfD als wichtig an, dass Senioren bei der Unterbringung und Pflege nicht einer renditeorientierten Versorgung zum Opfer fallen. Gerade diejenigen, die durch ihre Lebensleistung das Wirtschaftswunder ermöglicht haben, dürfen nicht zu Spekulationsopfern werden. Die AfD setzt sich dafür ein, dass kommunale Seniorenheime nicht länger dem „Markt“ unterworfen werden, um damit die Haushalte der Kommunen zu sanieren.

Wir setzen uns dafür ein, dass es auch in Zukunft möglich sein muss, ein Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung wohnortnah zu erreichen. Um das hohe Niveau erhalten zu können, muss eine Kapazitätsverringerung in der Notfallversorgung der Kliniken Harlaching und Schwabing kritisch betrachtet werden.

Jedem Bürger muss am Lebensende die Möglichkeit gegeben werden, so schmerz- und angstfrei wie möglich zu sterben. Die AfD hat vor, das Angebot von palliativmedizinischen Kliniken, Hospizen und mobiler Palliativversorgung nachhaltig zu fördern und auszubauen. Insbesondere

der Ausbau von mobiler Palliativversorgung (entspr. ambulanter Hospizbegleitung) ist aus unserer Sicht zurzeit unzureichend. Generell ist die Palliativversorgung einer klinischen Versorgung vorzuziehen.

In diesem Zusammenhang ist die Aus- und Weiterbildung sowohl von Ärzten als auch von Assistenzpersonal deutlich zu verbessern. Mentorenprogramme können hierbei einen wertvollen Beitrag leisten.

In Stadtteilen mit unzureichender ambulanter kassenärztlicher Versorgung muss die Niederlassung von Ärzten oder die Einrichtung Medizinischer Versorgungszentren gefördert werden.

Gerne sind wir zu Gesprächen bezüglich der Details zum Ausbau und Erhalt der Kliniken Schwabing und Harlaching, sowie der Einrichtung von Versorgungszentren, einschließlich des integrierten Versorgungszentrums für Senioren in Harlaching, bereit.

Ein weiteres erklärtes Ziel der AfD ist die Verbesserung der Situation der Pflegekräfte in Pflegeeinrichtungen und Kliniken. Ausreichender Wohnraum für Pflegepersonal ist sicherzustellen. Die AfD fordert außerdem eine angemessene Bezahlung der Pflegekräfte.

Genau wie barrierefreier Wohnraum ist uns auch barrierefreier Zugang zu Arztpraxen ein Anliegen.

Die Beschäftigung von ausländischem Personal, das oftmals sprachliche Defizite aufweist, ist keine Lösung zur Behebung der Personalmangels im Gesundheitswesen. Das Pflegepersonal, das in der Patientenversorgung tätig ist, muss über gute Sprachkenntnisse verfügen. Die fachliche Qualifikation muss uneingeschränkt dem deutschen Standard genügen.

Verbesserte Angebote zur Mobilität

„Mobilität bedeutet Lebensqualität“ – diesen Leitsatz unterstützen wir uneingeschränkt.

Je nach Lebenssituation ist die Mobilität mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln besonders wichtig - sei es zu Fuß, mit dem Fahrrad, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Auto.

Die Anfahrbarkeit von Wohnungen, Arztpraxen usw. mit dem Auto ist aus Sicht der AfD auch ein wichtiger Gesichtspunkt gerade für Senioren, die auf Hilfe und Fahrdienste angewiesen sind.

Die Sicherheit der Fußgänger ist uns ein besonders wichtiges Anliegen. Wir unterstützen Ihre Forderung, dass Fahrräder und E-Scooter nicht hindernd abgestellt werden dürfen. Gegenüber den E-Scooter-Verleihern muss die Stadt darauf dringen, dass die Fahrzeuge ordentlich abgestellt werden.

Die Einrichtung einer städtischen Ringbahn, wie Sie sie mit Blick auf einen S-Bahn Nord- und Südring fordern, unterstützt die AfD ausdrücklich. Einen weiteren U-Bahnausbau befürwortet die AfD ebenfalls. Für eine Taktverdichtung bei der S-Bahn muss zunächst die zweite Stammstrecke oder ein S-Bahn-Südring gebaut werden, da die heutige Stammstrecke bereits ausgelastet ist.

In welchem Umfang die Taktung auf den U-Bahnstrecken gerade in den Hauptverkehrszeiten weiter erhöht werden kann, muss untersucht werden. Das gilt auch für die Frage, ob der Schienengüterverkehr besser um die Stadt herumgeleitet werden kann.

Wir sind gerne zu Gesprächen darüber bereit, an welchen U- und S-Bahnhöfen Aufzüge nachgerüstet werden sollten.

Komfortverbesserungen durch bessere Hinweisschilder und schnellere Information bei Störungen sowie zügigere Reparatur von Aufzügen unterstützt die AfD sehr gerne.

Bei der Verbesserung des Zubringerverkehrs zu U- und S-Bahn halten wir Busse für flexibler und günstiger als neue Trambahnlinien.

Die Versorgung mit öffentlichen Toiletten möchte die AfD gerne verbessern. Ob diese in allen Fällen kostenlos sein können, dürfte von den Umständen abhängen. Beispielsweise ist eine Finanzierung durch Außenwerbung möglich.

Wahlprüfsteine Seniorenbeirat - Antworten

Wir haben Ihre Fragen im Text **orange hervorgehoben beantwortet** und verweisen bei einigen Punkten auf unser Kommunalwahlprogramm 2020 (zu finden unter <https://oedp-muenchen.de/programm2020>) oder unser Bundespolitisches Programm (zu finden unter https://www.oedp.de/fileadmin/user_upload/bundesverband/programm/programme/BundespolitischesProgramm.pdf).

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2020

- einstimmig in der Plenumsitzung vom 15.01.2020 beschlossen

Einleitung

Seniorenvertretungen in den Stadtbezirken und Seniorenbeirat der LH München werden alle vier Jahre von den Münchner(inne)n über 60 Jahre gewählt, um deren Interessen zu vertreten. Unsere Generation hat teilweise noch Krieg, Terror, Flucht und Verfolgung erlebt. Alle kennen wir wenigstens die Erzählungen unserer Eltern über Unrecht, Not und Leid.

Unsere Aufgabe ist es daher besonders, unsere Demokratie zu bewahren und weiter zu entwickeln. Auch wir Älteren treten für Natur- und Umweltschutz zur Bewahrung unserer Lebensgrundlagen ein. Wir dürfen nicht wort- und tatenlos zusehen, wenn Unrecht geschieht und soziale und gesundheitliche Probleme um sich greifen.

Dabei ist festzustellen, dass die LH München mit dem Seniorenbeirat beachtliche Erfolge erreicht hat und mit den Alten-Service-Zentren Modelle für ganz Deutschland geschaffen wurden, um Älteren in allen Lebenslagen zu helfen.

Wir, die Generation derer, die über 60. Jahre sind, fühlen aber die Verpflichtung, Vorschläge zu wichtigen Punkten zu machen, wo Probleme gelöst werden müssen.

Wir fordern daher die Bevölkerung auf, bei den Kommunalwahlen am 15. März 2020 ihr demokratisches Recht wahrzunehmen.

Um die Wahlentscheidung zu erleichtern, hat der Seniorenbeirat Wahlprüfsteine erarbeitet und richtet an alle, die sich zur Wahl stellen, die Frage, wie sie zu seinen Forderungen stehen.

Einige der Forderungen sind nur auf Landes- oder Bundesebene zu erfüllen. Hier ist Einflussnahme über den Bayerischen und Deutschen Städtetag erforderlich.

Soziale Ungleichheit mindern, Armut bekämpfen

Soziale Ungleichheit und Altersarmut nehmen auch in München immer mehr zu.

Der Seniorenbeirat fordert:

- Steuergesetze müssen gerechter werden.

Wir stimmen zu, das Thema ist allerdings bundespolitisch zu bearbeiten.

Insgesamt sollte der Faktor Arbeit deutlich geringer besteuert werden, Ressourcen- und Energieverbrauch jedoch auch entsprechend seiner Umweltwirkung.

- keine Besteuerung „vermögenswerter Vorteil“ bei Mieten die deutlich unterhalb der Vergleichsmiete liegen

Wir befürworten eine Förderung für Vermieter, die darauf verzichten, maximalen Profit aus ihrer Vermietung zu ziehen. Forderungen aus unserem Kommunalwahlprogramm (unter 2.1):

“Einführung eines Programms zur Förderung für soziale Vermietung und Vermieter; insbesondere für Mieter in sozialen Berufen und ortsansässige Geringverdiener. Förderung von sozialen, örtlich verbundenen Vermietern, insbesondere im Hinblick auf Mieten unterhalb des derzeitigen Mietspiegels”

- Auskömmlicher Mindestlohn muss künftige Renten deutlich erhöhen.

Wir stimmen zu, das Thema ist allerdings bundespolitisch zu bearbeiten. Hier fordern wir auch, dass Pflege von Familienangehörigen und Erziehungsleistung deutlicher bei der Rente berücksichtigt werden. Zudem sollte jeder im Alter ein menschenwürdiges Auskommen nach seinem Arbeitsleben haben.

- Grundsicherung und Regelsätze sind so gestalten, dass sie ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.

Wir stimmen zu, das Thema ist allerdings bundespolitisch zu bearbeiten

- Soziale Sicherungssysteme, Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sind solidarisch zu organisieren und alle Bürger(innen) sind durch verpflichtende Beitragszahlungen und Leistungen dauerhaft an deren Finanzierung zu beteiligen.

Wir stimmen zu, das Thema ist allerdings bundespolitisch zu bearbeiten. Hier fordern wir eine Demokratisierung des Versicherungswesens im Sinne einer Bürgerversicherung.

Forderungen aus unserem Bundesprogramm (unter 2.3, hier gekürzt):

GKV und Pflegeversicherung ist auf alle Einkommensbezieher auszudehnen. Beiträge als einheitlicher Prozentsatz des Einkommens. Einbeziehung aller Einkommensarten (z.B. auch Miet- und Kapitaleinkünfte). Reduzierung der Anzahl von gesetzlichen Krankenkassen, um Verwaltungskosten einzusparen. Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze und Beitragsbemessungsgrenze.

- Leistungen aus Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung darf nur erhalten, wer Beiträge entrichtet (hat). Andere Leistungen sind über Steuern zu finanzieren.

Bei einem komplett solidarischen Versicherungssystem, wie von der ÖDP gefordert, kann niemand von Leistungen ausgeschlossen werden und keine Gruppen haben einen Sonderstatus und zahlen nicht ein. Eine Steuerfinanzierung wäre eine generelle Option für gesetzliche Versicherungen, die allerdings realpolitisch nicht gefordert wird.

Außerdem darf weder die Gewährung noch die Höhe von Leistungen der Sozialen Pflegeversicherung von der Art der Betreuung (häusliche Betreuung oder Heimunterbringung) abhängig sein. Maßstab für Leistungen darf nur das Ausmaß der Pflegebedürftigkeit sein.

- Empfängergruppen von Sozialleistungen sind nach Alter-, Behinderungen, chronische Leiden u. a. m. neu und gerechter zu ermitteln und durch bedarfsgerechte geeignete Versorgungssysteme zu unterstützen.

Sozialleistungen sind so zu gestalten, dass jedem ein menschenwürdiges Leben möglich ist. Insbesondere sollte Wahlfreiheit bestehen zwischen der häuslicher Hilfe und öffentlich getragenen Systemen.

Pauschale Bedarfsermittlung kann dem Anspruch an ein menschenwürdiges Leben nicht gerecht werden.

- Das Rentenniveau muss mindestens 50% betragen.

Die Höhe der Rente auf den letzten Bezug im Berufsleben zu reduzieren reicht nicht aus. Die Rente muss in einem gesunden Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten stehen, und sich entsprechend dieser entwickeln. Besonders für niedrige Einkommen reichen 50% oftmals nicht aus, um ein Alter in Würde zu bestreiten, ohne als Bittsteller aufstocken zu müssen.

Bezahlbaren Wohnraum ermöglichen

Wohnen ist ein in der Verfassung verbrieftes Grundrecht. Unter dem Mangel an ausreichendem bezahlbaren Wohnraum in München leiden in besonderer Weise Senior(inn)en. Der öffentliche behinderten-/seniorengerechte Wohnraum ist nicht ausreichend.

Der Seniorenbeirat fordert:

- Verstärkung des Sozialen Wohnungsbaus

Für Neubauten fordern wir ausschließlich genossenschaftliches Bauen und Grundstücksvergabe in städtischer Erbpacht, um ein späteres Eingreifen der Kommune offen zu halten. Angesichts der massiv gestiegenen Zahl von Wohnungslosen fordern wir insbesondere den Stopp der Ausweisung neuer Büro- und Gewerbeflächen, um die Wohnungsnot nicht durch weiteren Zuzug weiter zu verschärfen. Gleichwohl muss die Stadt die schlichte Menge an finanzierbarem Wohnraum in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand ausbauen, um den Markt wieder in ein Gleichgewicht zu bringen.

- Mehr Neubau und Erhalt von preiswertem und barrierefreiem Wohnraum

Forderungen aus unserem Kommunalwahlprogramm (unter 2.1, 9.2): "Wohnungsbau als Auflage bei Genehmigung von Gewerbebauten. Verpflichtung von Unternehmen, für Mitarbeiter Wohnraum zu schaffen, ohne Verknüpfung des Wohnraums mit etwaigen Beschäftigungsverhältnissen. Schaffung von mehr barrierefreiem Wohnraum"

- Förderung und Unterstützung neuer Wohnformen (z.B. Wohnen für Hilfe, Mehrgenerationen-Wohnen, Seniorenwohngemeinschaften mit Hilfsangeboten)

Forderungen aus unserem Kommunalwahlprogramm (unter 8.4): Vergünstigten Wohnraum für Pflegekräfte sowie den Ausbau bedarfs- und altersgerechter und wohnortnaher Teilhabe-Angebote, Einrichtung von mehr Alten- und Pflegeeinrichtungen, Mehrgenerationenhäusern und betreutem Wohnen in kleineren Einheiten

- Verstärkte Förderung von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften

Wir befürworten dies ausdrücklich. Forderung aus unserem Kommunalwahlprogramm (unter 2.1): "Förderung von bestehenden und neuen Wohngenossenschaften" Insbesondere fordern wir die Vergabe städtischer Grundstücke nur noch in Erbpacht und ausschließlich an örtlich gebundene Genossenschaften, um dauerhaft günstigen Wohnraum zu schaffen. Modelle mit zeitlich befristeter Sozialbindung sind gescheitert und nur kurzfristig im Sinne der Stadtbewohner.

- Bessere Ermöglichung von Wohnungstausch im Quartier (Beibehaltung der qm-Miete, praktische und finanzielle Hilfsangebote beim Umzug)

Wir befürworten dies ausdrücklich. Forderung aus unserem Kommunalwahlprogramm (unter 2.1, 9.2): "Förderung von Wohnraumtausch ohne konditionelle Verschlechterung insbesondere der älteren Generation. Erleichterung des Umzugs älterer Menschen aus zu groß gewordenen Wohnungen ohne finanzielle Nachteile"

- Erleichterung von Untervermietung

Die Untervermietung ist bereits gerichtlich bestätigt aus diversen Gründen zulässig, ein Recht auf Untervermietung besteht. Erleichterungen, wie etwa Zustimmung des Vermieters durch eine reine Informationspflicht zu ersetzen, halten wir für richtig.

- Ausbau der Unterstützung bei der Wohnungssuche über SOWON für Ältere

Wir befürworten dies ausdrücklich. Forderung aus unserem Kommunalwahlprogramm (unter 9.1): Unbürokratische Hilfe besonders für ältere Menschen und Obdachlose ohne Zugang oder Kenntnisse in der Nutzung neuer Medien oder der deutschen Sprache durch alle städtischen Einrichtungen, insbesondere aber beim Vergabeverfahren der Stadt für Wohnungen

- Erhöhung von Wohngeld und Ausweitung der Empfangsberechtigten

=> Dies ist ein bundespolitisches Thema. Da eine Erhöhung des Wohngeldes die Gefahr birgt, die Mietspirale weiter anzuheizen, liegt unser kommunaler Fokus auf günstigem städtischem und genossenschaftlichem Wohnraum und dem Abbremsen des Zuzugs, um den Druck vom Wohnungsmarkt zu nehmen und dadurch Wohnraum erschwinglich für alle zu machen

- Langzeitmieterschutz

Das ist bereits gesetzlich geregelt und es ist durch neuere Gerichtsurteile auch bestätigt, dass in hohem Alter auch Eigenbedarfsklagen nicht zwangsläufig zur Räumung führen.

Bessere Gesundheitsversorgung und Pflege

Ältere Menschen werden häufiger krank und vermehrt pflegebedürftig. Sie sind daher in besonderer Weise auf ein gutes Gesundheitssystem und gute Pflege angewiesen.

Der Seniorenbeirat fordert:

- Sichere stationäre, wohnortnahe Notfallversorgung in München auf hohem Niveau

Wir fordern in unserem Kommunalwahlprogramm (unter 7.1): "Die medizinische und psychische Notfallversorgung und insbesondere die Versorgung von Schwangeren und Kleinkindern muss für alle jederzeit gewährleistet werden."

- Kein Bettenabbau für die Notfallversorgung in der München-Klinik Harlaching und Schwabing

Wir sehen die Kommerzialisierung des Gesundheitssystems mit Sorge - Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen müssen ausreichend Platz für Notfallversorgung haben; die

Umbaumaßnahmen in Schwabing sollen hierzu auch einen Beitrag leisten. Als dramatischer

sehen wir den großen Mangel an Pflegekräften und Pflegequalität durch den Zeitdruck in der

Pflege und fordern daher eine Erleichterung auch finanzieller Art für Pflege in der Familie. Das entlastet auch die Krankenhäuser.

- Keine Verschlechterung der Versorgungsstufen der Notfallversorgung

Siehe unsere Antwort auf Frage zur Notfallversorgung .

- Ausbau der Altersmedizin in der München-Klinik Schwabing und Harlaching

- Umsetzung des Integrierten Versorgungszentrums für Senior(inn)en in Harlaching

- Ausbau der stationären Palliativversorgung für ganz München,

- Verbesserung des Entlassmanagements in allen Kliniken (Überleitungspflege)

- Stärkere finanzielle Unterstützung für Hospize und ambulante Hospizbegleitung

- Erweiterung der Angebote für Tages- und Kurzzeitpflege

- Ausbau der Pflegeplätze

- Verbesserung der Situation der Pflegekräfte in Pflegeeinrichtungen und Kliniken

- Tarifgerechte Bezahlung in allen Einrichtungen

- München-Zuschlag für alle Pflegekräfte

- Mehr Wohnungen in München für Pflegekräfte

- Schnellere Anerkennung der Qualifikation ausländischer Pflegekräfte

- Ausbau der Ausbildungskapazitäten für Pflege.

- Mentorenprogramm für Pflegekräfte in der Ausbildung, um Ausbildungsabbrüche zu reduzieren

- Sicherung der wohnortnahen, ambulanten medizinischen Versorgung in allen Stadtbezirken, ggf. durch Gesundheitszentren der Stadt München

- Barrierefreier Zugang zu Arztpraxen

Hierzu Ausschnitte von Forderungen aus unserem Kommunalwahlprogramm (unter 7.1, 8.4):

- Flächendeckende, wohnortnahe Grundversorgung mit Krankenhäusern und Senioreneinrichtungen
- Angemessene Bezahlung von Personal im städtischen Gesundheitswesen
- Ausbau bedarfs- und altersgerechter und wohnortnaher Teilhabe-Angebote

- Effiziente Maßnahmen gegen Altersarmut wie z.B. bezahlbarer altersgerechter Wohnraum für Senioren
- Förderung innerfamiliärer Pflege
- Einrichtung von mehr Alten- und Pflegeeinrichtungen, Mehrgenerationenhäusern und betreutem Wohnen in kleineren Einheiten
- Ausweitung ambulanter Dienste und sozialer Dienstleistungen, damit ältere Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können
- Vergünstigter Wohnraum für Pflegekräfte

Verbesserte Angebote zur Mobilität

Mobilität bedeutet Lebensqualität und muss unabhängig vom Einkommen sowie altersbedingten oder körperlichen Beeinträchtigungen ermöglicht werden. Die Bevölkerung nimmt im Raum München immer mehr zu und damit auch der Verkehr. Gerade ältere Menschen sind von der Enge im öffentlichen Raum betroffen. Sie sind auch besonders auf den ÖPNV und seine Benutzerfreundlichkeit angewiesen.

Der Seniorenbeirat fordert:

- Fußgänger(innen) sind in den Mittelpunkt der Verkehrspolitik zu stellen

Vor Radfahrern und Autofahrern sind in unserem Programm für München die Fußgänger aufgezählt. Hierzu Ausschnitte von Forderungen aus unserem Kommunalwahlprogramm (unter 5.2):

- Verkehrsberuhigte Innenstadt: Fußgängerzone innerhalb des Altstadtrings ab 2020
- Ausreichend Raum für Fußgänger
- Die Schaffung von kurzen und sicheren Wegeverbindungen
- Eine ansprechende Gestaltung von Fußwegen und deren Umgebung
- Eine Wegeführung, die den Einfluss von Abgasen, Lärm und Witterung minimiert
- Fußgängerrouen zur Verknüpfung von Grünanlagen
- Begrünte Fußgängerzonen in allen Stadtteilzentren
- Bei Kreuzungen mit großem Fußgängeraufkommen Ampelschaltungen stärker am Bedarf von Fußgängern ausrichten

- E-Scooter und Fahrräder müssen so abgestellt werden, dass sie nicht gefährden.

Wir befürworten dies ausdrücklich. Forderung aus unserem Kommunalwahlprogramm (unter 5.4): Für die Betreiber kostenpflichtige Entfernung von E-Roller-Chaos durch die Stadt

- Schnellstmögliche Einrichtung der Ring-S-Bahn um München (Nordring, Südring)

Wir befürworten dies ausdrücklich. Forderungen aus unserem Kommunalwahlprogramm (unter 5.5):

- Ausbau des S-Bahn-Südrings für Personennahverkehr
- Ausbau des S-Bahn-Nordrings für Personennahverkehr
- Nutzung der S-Bahn-Ringschlüsse auch für Regionalverbindungen

- Kostengünstiger viergleisiger Ausbau der Strecke Daglfing-Johanneskirchen
- Doppelspuriger Ausbau aller S-Bahn Linien für Taktverdichtung und Betriebsstabilität

- Umgehender Umbau des S-Bahnhof Heimeranplatz, damit bei Ausfall der Stammstrecke möglichst viele Fahrgäste zur U-Bahn umsteigen können.

Wir befürworten dies ausdrücklich. Ringschlüsse und Ausweichmöglichkeiten müssen zügig ausgebaut werden

- Umleitung von Güterverkehr auf der Schiene um die Stadt.

Güterverkehr kann nur auf vorhandenen oder neuen Schienen stattfinden. Wir würden einen massiven Ausbau des Schienennetzes und eine Erhöhung der Güterverkehrsquote über die Schiene begrüßen.

- Verdichtung des Taktes von U- und S-Bahn

Wir befürworten dies ausdrücklich. Hierzu Forderungen aus unserem Kommunalwahlprogramm (unter 5.5):

- Mindestens 10-Minuten-Takt auf allen S-Bahn-Linien, auch am Abend und am Wochenende
- 5-Minuten-Takt bei den Tramlinien
- Ausbau des Nachtliniennetzes
- Die Betriebsstabilität ist für die Taktverdichtung zu erhöhen.
- Verbesserte Umsteigemöglichkeiten und Querverbindungen
- Durchgehender Einsatz von Langzügen auf S-Bahnstrecken, v.a. auf den Linien, die nicht die gesamte Stammstrecke befahren und daher keine Ausweichmöglichkeiten für die Passagiere bieten

- Ausreichend Aufzüge an allen U- und S-Bahn Haltestellen

Wir befürworten dies ausdrücklich. Forderung aus unserem Kommunalwahlprogramm (unter 5.5): 100% behindertengerechter Ausbau aller öffentlichen Verkehrsmittel

- Verbesserung der Hinweisschilder an Zu- und Ausgängen (behindertengerecht)

Wir befürworten dies ausdrücklich. Forderung aus unserem Kommunalwahlprogramm (unter 5.5): 100% behindertengerechter Ausbau aller öffentlichen Verkehrsmittel

- Verbesserung von zeitnahen Informationen bei Störungen u.ä.

Wir befürworten dies, auch wenn es nicht ausdrücklich im Programm steht.

- Schnellere Reparatur von Rolltreppen und Fahrstühlen an S- und U-Bahnhöfen

Wir befürworten dies ausdrücklich. Forderung aus unserem Kommunalwahlprogramm (unter 5.5): 100% behindertengerechter Ausbau aller öffentlichen Verkehrsmittel

- Ausbau des U-Bahn-Netzes

Wir befürworten dies ausdrücklich. Hierzu Forderungen aus unserem Kommunalwahlprogramm (unter 5.5):

- Ausbau der U1 zur Fasanerie
- Ausbau der U2 nach Heimstetten und Kirchheim
- Ausbau der U3 nach Untermenzing
- Ausbau der U4 nach Engelschalking
- Realisierung der U5 nach Pasing, weiterer Ausbau nach Freiham und Germering
- Ausbau der U5 nach Ottobrunn und Taufkirchen
- Ausbau der U6 nach Planegg und Neufahrn/Garching
- Neubau der U9 zwischen Theresienstraße und Poccistraße
- Neubau der U26 zwischen Kieferngarten (U6) und Am Hart (U2)

- Ausbau und Verdichtung von Straßenbahn und Bus-Netz

Wir befürworten dies ausdrücklich. Hierzu Forderungen aus unserem Kommunalwahlprogramm (unter 5.5):

- Das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln muss massiv verbessert werden
- Trambahn-Ausbau (im Programm eine detaillierte Liste von Tramlinien)
- Buslinien-Ausbau
 - Lücken im Busnetz in den Außenbezirken sollen schnellstmöglich geschlossen werden.
 - Bei geringer Auslastung sollen kleinere Busse, Linien- und Ruf-Taxis eingesetzt werden.
 - Einrichtung einer Ringbuslinie entlang des Mittleren Rings mit eigener Fahrspur in den Hauptverkehrszeiten und kurzem Takt

- Ausreichende Bereitstellung kostenloser öffentlicher Toiletten

Wir befürworten dies ausdrücklich. Außerdem fordern wir in unserem Kommunalwahlprogramm (unter 9.2): Barrierefreie behindertengerechte Toiletten in allen öffentlichen Gebäuden

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl am 15. März 2020 des Seniorenbeirats der Landeshauptstadt München

Stellungnahme DIE LINKE. München

Soziale Ungleichheit mindern, Armut bekämpfen

Damit sprechen Sie eines unserer zentralen Themen an - auf jeder politischen Ebene.

In unserem Kommunalwahlprogramm ist die Bezugnahme auf das Thema soziale Ungleichheit und Armut auf der ersten Textseite ein Kernthema. Wir sind der Auffassung, dass in München vom Reichtum der Stadt nur wenige wirklich profitieren und die Mietpreisexplosion sowie die hohen Lebenshaltungs- und Rekreationskosten unsere Stadt spalten und diejenigen, die zu den schwächeren Schichten zählen, in rasantem Tempo weiter abhängen.

Die von Ihnen konkret aufgerufenen Einzelpunkte können wir mit einer Ausnahme alle vollumfänglich unterschreiben. Allerdings sind bei Forderungen nach einem höheren Mindestlohn, nach gerechteren sozialen Sicherungssystemen oder auch die Frage der Rentenhöhe die direkten kommunalen Möglichkeiten höchst begrenzt bis nicht vorhanden. Auf Bundesebene positionieren wir uns hier eindeutig in Ihrem Sinne.

Noch ein Satz zu Ihrem Spiegelstrich »Leistungen aus Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung darf nur erhalten, wer auch einzahlt«: Hier sind wir für ein solidarisches Sicherungssystem und unterstützen beispielsweise die Ermöglichung der kostenlosen Krankenversorgung für Geflüchtete.

Bezahlbaren Wohnraum ermöglichen

Diesem Thema widmet sich in unserem Kommunalwahlprogramm das erste Kapitel, was auch den Stellenwert verdeutlicht, den wir diesem Thema einräumen. Unser Kapitel ist überschrieben mit »Mieten: Das Grundrecht auf Wohnen durchsetzen«.

Wir halten diese Frage für eine *der* zentralen sozialen Fragen in München und stimmen mit Ihnen überein, dass Seniorinnen und Senioren zu den ganz besonders betroffenen Gruppen zählen.

Alle Ihre Forderungen finden Sie inhaltlich in unserem Kommunalwahlprogramm. Wir halten es für skandalös, dass lediglich acht Prozent des Münchener Mietwohnungsbestandes in öffentlich Hand und fünf Prozent in genossenschaftlichem Eigentum sind.

Nachdem hier auf kommunaler Ebene wirkliche Einflussnahme und Gestaltungsmöglichkeit existiert, haben wir auf den Seiten 8 bis 12 eine ganze Reihe von konkreten Forderungen aufgestellt, die wir im künftigen Stadtrat mit Nachdruck verfolgen werden.

Bessere Gesundheitsversorgung und Pflege

Auch hier dürfen wir anmerken, dass Kapitel 3 unseres Wahlprogramms sich diesem Thema ausführlich widmet (Seite 19 bis 23) und explizit auf die Frage des würdevollen Alters eingeht. Auch hier decken sich Ihre Forderungen auf kommunaler Ebene mit unseren. Wir sind der Auffassung, dass Gesundheit keine Ware sein darf, dass Privatisierungen ausgeschlossen werden müssen bzw. zurückzunehmen sind.

Untrennbar gehört für uns die Frage der personellen Ausstattung, der Bezahlung von Beschäftigten im Gesundheitswesen und eine flächendeckende Versorgung für alle zu unseren kommunalpolitische Forderungen auf diesem Sektor.

Am 22.1.2020 hat DIE LINKE. einen Antrag in den Stadtrat zu diesem Themenkreis eingebracht mit dem wir fordern, in unterversorgten Stadtbezirken barrierefreie Gesundheitszentren in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft zu schaffen. Wir fordern weiter, dass die Stadt in den unterversorgten Gebieten die Zulassungsbeschränkung für Ärztinnen und Ärzte aufhebt.

Verbesserte Angebote zur Mobilität

Sie werden sehen, dass das Thema »Verkehr: Die sozial-ökologische Verkehrswende gestalten« bei in Kapitel 4 steht und damit ebenfalls zu unseren sechs Kernforderungen zählt (Seite 25 bis 28).

Schon mit dem Einleitungssatz Ihrer Wahlprüfsteine sprechen Sie auch unsere Position an. DIE LINKE. verbindet auch die Forderung nach einer Verkehrswende mit der sozialen Frage und fordert daher unter anderem den Nulltarif im öffentliche Nahverkehr und einen intelligenten Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes. Wir fordern dezentrale Verbindungen und setzen nicht auf Prestigeprojekte und Großbaustellen. Daher legen wir unseren Fokus auf Busse und weitere Trambahnstrecken.

Der Ausbau U- und S-Bahnen muss nach unserer Ansicht in enger Absprache mit Umweltverbänden und Nachbargemeinden erfolgen.

Die Verbesserung von Orientierungs- und Leitsystemen haben wir nicht explizit in unserem Wahlprogramm als Forderung, unterstützen jedoch auch diese Forderung genauso uneingeschränkt wie die Forderung nach Fahrstühlen, Aufzügen und Barrierefreiheit.

Landeshauptstadt München
Seniorenbeirat
Burgstr.4
80331 München

Hannelore
Rohrbach
Seniorenvertreterin

Wolfgang Scheel
Vorstand

Wolfgang.Scheel
@rosaliste.de

München, 06.02.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 21. Januar 2020, das wir mit großem Interesse gelesen haben.

Ihre Forderungen beziehen sich insbesondere auf die Verbesserung der Lebensqualität von Senioren. Das ist Ihre Kern-Aufgabe und Zielsetzung und auch eines unserer zentralen Anliegen.

So wurde ich, Hannelore Rohrbach, als Mitglied der Seniorenvertretung im Stadtbezirk 2 und Mitglied der Fachausschüsse „Regionale Zusammenarbeit“ und „Bildung und Kultur“ auf zwei vordere Plätze der Rosa Liste für die Kommunalwahlen gewählt, nämlich auf Platz 2 im Bezirk 2 und auf Platz 24 für den Stadtrat, und so bin ich naturgemäß eine der zwei Verfasser*innen dieses Schreibens.

Auch finden Sie in unserem Wahlprogramm ein eigenes Kapitel „6. Queere Senior*innen“ (<http://www.rosaliste.de/wahlprogramm-2020/>, **senden wir Ihnen auch gerne gedruckt zu**).

Konkret enthält unser Wahlprogramm viele Punkte, die Ihren Forderungen entsprechen. Das wollen wir nun im Einzelnen entfalten.

Soziale Ungleichheit mindern, Armut bekämpfen

....
- Empfängergruppen von Sozialleistungen sind nach (Bedürftigkeit) zu unterstützen.

Dazu Wahlprogramm, Seite 20: Aufgrund der statistisch höheren durchschnittlichen Lebenserwartung von Frauen werden einerseits voraussichtlich wesentlich mehr lesbische Frauen als schwule Männer von Problemen Hochbetagter betroffen sein. Andererseits haben Lesben aufgrund der Einkommensverteilung in der Regel weniger Mittel zur Verfügung, um die Probleme des Alterungsprozesses abzufedern.

Rosa Liste fordert daher schwulen-, lesben-, trans*- und inter*-gerechte Verbesserungen und Strukturen für die Phase des hohen Alters und der eventuellen Pflegebedürftigkeit.

Bezahlbaren Wohnraum ermöglichen

Wähler*inneninitiative Rosa
Liste München e. V.

Lindwurmstr. 73
80337 München

rosaliste.de
facebook.com/rosaliste.de

Stadtparkasse München
IBAN
DE2670150000029199999
BIC
SSKMDEMXXX

Steuer Nr.
143/221/50203

Vereinsregister
Amtsgericht München
VR 13448

Vorstand
Michael Behrendt
Wolfgang Scheel
Karin Willers

- Verstärkung des Sozialen Wohnungsbau
- Mehr Neubau und Erhalt von preiswertem und barrierefreiem Wohnraum,
-
- Verstärkte Förderung von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften

Dazu Wahlprogramm, Seite 36: Rosa Liste will auch in Zukunft durch städtische Wohnbauprogramme, durch Nachverdichtung, durch Sozialbindung, durch Erhöhung der Genossenschaftswohnungen bezahlbares Wohnen in München erhalten und ausbauen. Kommunaler Grund sollte vor allem durch städtische Wohnbaugesellschaften, Genossenschaften oder gemeinnützige Bauträger bebaut werden. Wohnungspolitische Vorgaben sollten bei kommunalen Grundstücken selbstverständlich sein. Außerdem müssen alle rechtlichen Möglichkeiten wie Erhaltungssatzungen, Vorkaufsrecht oder Zweckentfremdungssatzung geprüft und konsequent genutzt werden. So ist Rosa Liste, gerade auch im Bezirk 2, engagiert im Kampf für den Erhalt von Läden und Gewerbeimmobilien, die die Grundversorgung der Anwohner*innen garantieren und doch durch die steigenden Mieten bedroht sind. Ebenso ist Rosa Liste da wachsam, wo Wohnimmobilien nicht vermietet, sondern dem Verfall preisgegeben werden – aufgrund von Bodenspekulation.

- Förderung und Unterstützung neuer Wohnformen

Dazu Wahlprogramm, Seite 21: Unterstützung von Initiativen für innovative Wohnprojekte wie z.B. das LGBTI *-Senior*innen-Wohnen, das Münchner Aids-Hilfe und Münchenstift planen. Außerdem fordern wir generationsübergreifende LGBTI *-Wohnprojekte einzurichten und zu fördern.

Dazu Wahlprogramm, Seite 36: Für das integrative Miteinander von Singles und Familien, von Alten und Jungen, von Heterosexuellen und Lesben, Schwulen, trans* und inter* Menschen, von Deutschen und Migrant*innen sollen bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe, alternative Wohnprojekte, gemeinschaftliche Wohnformen verschiedener Generationen, Bewohner*innentreffs und Gemeinschaftsräume gefördert werden.

Bessere Gesundheitsversorgung und Pflege

- Pflege

Dazu Wahlprogramm, Seite 20: Modellprojekte zur kultursensiblen Öffnung von Alten- und Pflegeeinrichtungen für Lesben, Schwule, Trans* und Inter*, wie bei der städtischen Münchenstift,

- Pflegekräfte

Dazu Wahlprogramm, Seite 20: Fortbildungsangebote für die Altenhilfe, in Alten- und Pflegeeinrichtungen,

- Sicherung der wohnortnahen, ambulanten medizinischen Versorgung

Dazu Wahlprogramm, Seite 20: Förderung von Beratungs- und Vernetzungsangeboten für ältere Lesben, Schwule und Trans*, wie z.B. die Rosa-Alter-Beratungsstelle.

Verbesserte Angebote zur Mobilität

- Fußgänger(innen) sind in den Mittelpunkt der Verkehrspolitik zu stellen

Dazu Wahlprogramm, Seite 34: stärkere Nutzung von öffentlichen Straßen und Plätzen im ganzen Stadtgebiet für ein urbanes Leben durch Verkehrsberuhigung, Platzgestaltung, neuen Fußgängerzonen

....

Entlastung vom Durchgangsverkehr und Ausbau von Rad- und Fußgängerwegen, von Carsharing und Leihrädern. So war Rosa Liste im Frühjahr 2019 von Anfang an Bündnispartner des erfolgreichen Münchner Radentscheids;

Verkehrssicherheit, vor allem für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, Kinder und alte Menschen, z.B. durch Geschwindigkeitsbeschränkungen

- Schnellstmögliche Einrichtung der Ring-S-Bahn um München (Nordring, Südring)

....

-Verdichtung des Taktes von U- und S-Bahn

Dazu Wahlprogramm, Seite 34: Weiterentwicklung des attraktiven öffentlichen Nahverkehrs mit Straßen-, U- und S-Bahn, dazu gehört auch ein dichterer Takt und ein durchgehender Betrieb von S- und U-Bahn nicht nur am Wochenende. Rosa Liste unterstützt den Ausbau des S-Bahn-Südrings.

Anhand der Forderungen unseres Wahlprogramms sehen Sie, dass der Rosa Liste auch folgende Anliegen besonders am Herzen liegen:

- Gleichberechtigung aller Geschlechter

- Unterstützung von Initiativen für innovative Wohnprojekte, speziell auch für die besondere Lebenssituation von Lesben, Schwulen und anderen Minderheitenorientierungen.

Wir freuen uns, wenn wir in unserer politischen Arbeit auch bei diesen Themen auf die Unterstützung des Seniorenbeirats rechnen können.

Mit freundlichen Grüßen,

Hannelore Rohrbach

Wolfgang Scheel

- **Soziale Ungleichheit mindern**

Die BAYERNPARTei ist durchaus der Meinung, dass beim Thema Steuern vieles ungerecht und verbesserungswürdig ist – die Gesetzgebungskompetenz liegt hier allerdings größtenteils beim Bund und / oder dem Freistaat Bayern. Hier kann die Stadt München leider wenig ausrichten, Versprechungen für die Kommunalwahl zu machen, wäre unseriös und unehrlich dem Wähler gegenüber.

Wir setzen uns vehement dafür ein, die Besteuerung von Mieten, die deutlich unter der Vergleichsmiete liegen als „vermögenswerter Vorteil“ abzuschaffen – faire Vermieter dürfen nicht von der Steuer bestraft werden!

Mit dem Einsatz für eine Basisrente von 1.500 € nach 45 Vollzeit-Arbeitsjahren kämpft die BAYERNPARTei gegen Altersarmut. Münchner Rentnerinnen und Rentner dürfen nicht aufs Flaschensammeln angewiesen sein!

Außerdem setzen wir uns dafür ein, die Beantragung von Unterstützungsleistungen für Pflegebedürftige unbürokratisch und niederschwellig zu gestalten. Wer Hilfe braucht darf nicht an Formularen scheitern!

- **Bezahlbaren Wohnraum ermöglichen**

München platzt aus allen Nähten. Die Stadt wächst jedes Jahr um ca. 20.000 Einwohner – im Jahr 2040 soll München 1,85 Millionen Einwohner haben, ein Wachstum von knapp 19%! Leider haben die Regierungsparteien es in den letzten Jahrzehnten versäumt, dafür zu sorgen, dass die Infrastruktur „mitwächst“. Egal ob Straßen, U-Bahnen, Behörden oder Krankenhäuser: alles in München ist mittlerweile überfüllt, überall gibt es lange Wartezeiten. Wer einen Arzttermin braucht, muss teils monatelang darauf warten. Am dramatischsten sind die Auswirkungen aber auf dem Wohnungsmarkt.

Hier muss dringend mit Investitionen in den ländlichen Raum von der Politik gegengesteuert werden. Attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Land sorgen automatisch für Entlastung in der Stadt und nimmt Druck vom Wohnungsmarkt, was automatisch zu sinkenden Mietpreisen führt. Bei allen Vorhaben der Stadtentwicklung stehen für die BAYERNPARTei die Münchnerinnen und Münchner mit ihren Bedürfnissen an erster Stelle; wer hier lebt und aufgewachsen ist, muss ganz klar Vorrang haben vor Zuzüglern!

Mit vielen Anträgen im Stadtrat setzen wir uns dafür ein, den barrierefreien Ausbau von Wohnungen zu fördern, wo möglich Aufzüge nachzurüsten oder Umzüge in altersgerechte Wohnungen organisatorisch und finanziell zu unterstützen. Wer eine zu groß gewordene Wohnung frei macht für eine junge Familie und in eine kleinere, barrierefreie Wohnung zieht, soll den Quadratmeterpreis seiner alten Miete behalten – eine faire und gewinnbringende Lösung für alle Generationen.

- **Bessere Gesundheitsversorgung und Pflege**

Zu den wichtigsten Aufgaben einer Gemeinde gehört die sogenannte „Daseinsvorsorge“ für ihre Bürgerinnen und Bürger. Auch in einer wohlhabenden Stadt wie München liegt hier einiges im Argen. Besonders große Defizite gibt es derzeit in der medizinischen und pflegerischen Versorgung, speziell in den städtischen Krankenhäusern. Die BAYERNPARTei setzt sich dafür ein, die MünchenKlinik mit den Häusern Schwabing, Bogenhausen, Harlaching, Neuperlach und Thalkirchner Straße wieder zu einem städtischen Eigenbetrieb zu machen und sich von der GmbH-Lösung zu verabschieden. Nur so können die Versorgungslücken, die durch die Einführung der Fallpauschalen entstanden sind, ausgeglichen werden und defizitäre Bereiche wie die Altersmedizin querfinanziert werden. Auch dem Pflegepersonal können bei der Stadt bessere Bedingungen gewährt werden. Die unabhängige Patientenberatung und -fürsprache ist über alle Münchner Krankenhäuser durch die Stadt zu fördern und finanziell zu unterstützen. Die Trennung von stationärer und ambulanter Versorgung im Gesundheitssystem

muss nach Jahrzehnten endlich überwunden werden. Die BAYERNPARTEI fordert, dass Modelle mit wohnortnaher, regionaler und integrierter Versorgung, insbesondere für ältere und hochbetagte Bürgerinnen und Bürger, von der Stadt finanziell und organisatorisch unterstützt werden. Unterschiedliche Formen der Krankheitsnachsorge (wie Reha, Kurzzeitpflege, ambulante Pflege und weitere Hilfen) müssen für alle Münchner kurzfristig verfügbar und auch finanzierbar sein.

- **Verbesserte Angebote zur Mobilität**

Mobilität für alle statt Radl-Ideologie und Dauer-Stau – das ist der Leitfaden unserer Verkehrspolitik. Wesentlich zur Entlastung beitragen kann ein guter öffentlicher Nahverkehr, dessen Ausbau in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt wurde. Trambahnlinien, die bis vor kurzem massiv zurückgebaut wurden, gelten jetzt als Allheilmittel – können aber das Verkehrsaufkommen bei Weitem nicht bewältigen. Seit neun Jahren wurde in München keine einzige neue U-Bahnstation eröffnet! In der Zeit ist die Stadt aber um 200.000 Einwohner gewachsen. Mit der absoluten Priorisierung des U- und S-Bahnbaus muss hier Abhilfe geschaffen werden. Der herrschende Mainstream kümmert sich aktuell nur noch um Radfahrer und ihre Bedürfnisse – nicht jeder kann und will aber Rad fahren, schon gar nicht bei schlechter Witterung, Krankheit oder für größere Transporte. Eine verantwortungsvolle Verkehrspolitik muss dafür sorgen, dass auch Menschen mit Einschränkungen gut und sicher von A nach B kommen können – das schließt unbedingt funktionierende Rolltreppen und Aufzüge und eine klare und gut verständliche Beschilderung ein.

Wir unterstützen die Forderung nach öffentlichen Toiletten im gesamten Stadtgebiet – leider gibt es hier noch keinen Ansatz, wie dem massiven Vandalismus entgegengewirkt werden kann.

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2020

DiePARTEI <vorstand@dieparteimuenchen.de>

So 09.02, 17:08Seniorenbeirat.soz

Sehr geehrter Herr Schnauder,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

Das Wahlprogramm der Partei Die PARTEI sieht für das Thema Senioren in München folgende Punkte vor:

Inklusion für Renter*innen - Die Senioren-Taskforce im Ordnungsdienst

Pfandflaschen sammeln war gestern! Wir binden Rentner und Rentnerinnen, die nicht von ihren Renten leben können, aktiv in den städtischen Ordnungsdienst ein und entlohnen ihren wachsamen Blick auf die Straßen von München. Ab sofort sorgen sie für Sicherheit und Ordnung und können so ihr Hobby zum Beruf machen. Für alle Rentner, die darauf keine Lust haben, gibt es Pfandringe an allen Mülleimern der Stadt.

Altersfreundliche Viertel

Der immer größer werdende Anteil an Rentnern und Rentnerinnen muss auch bei der Stadtplanung berücksichtigt werden. Wir wollen Alters-freundliche Viertel bauen: mit Nah- Anbindung (selbstverständlich barrierefrei!) an Arztpraxen, kostenlosen Lieferdiensten für Lebensmittel und Medikamente, sowie einen riesengroßen Park voll übergroßer Schachbretter, hungrigen Tauben und Gruppen von Jugendlichen, die man darauf hinweisen kann, dass das Betreten der Grünflächen verboten ist.

Mit freundlichen Grüßen

S. Werner

Vorstand Die PARTEI KV München

München-Liste zur Kommunalwahl 2020

Diese Themen wird die München-Liste im Stadtrat vorantreiben:

1. Soziale Ungleichheit mindern, Armut bekämpfen

- a. Das Arbeitseinkommen muss durch einen auskömmlichen Mindestlohn gesichert sein.
- b. Kommunen müssen Arbeitsplätze für weniger qualifizierte Menschen bereithalten und auskömmlich bezahlen, um das Abrutschen in die Sozialhilfe zu verhindern.
- c. Sozialleistungen sind nach Alter-, Behinderungen, chronische Leiden u. a. m. neu und gerechter zu ermitteln und anzuwenden.

2. Bezahlbaren Wohnraum schaffen

- a. Erhalt und Neubau von preiswertem und barrierefreiem Wohnraum.
- b. Schaffung einer neuen Regelung bzgl. der Einkommensgrenze von Senioren und Seniorinnen, um die Möglichkeit eines Wohnungstausches zu ermöglichen. Solange eine NEUE aber kleiner Wohnung teurer ist als die bewohnte große Wohnung wird keine Seniorin bzw. kein Senior umziehen.
- c. Unterstützung bei der Wohnungssuche über SOWON für ältere Menschen.
- d. Anpassung der Wohngeldhöhe und Ausweitung der Empfangsberechtigten.

3. Bessere Gesundheitsversorgung und Pflege

- a. Sichere stationäre, wohnortnahe Notfallversorgung in München.
- b. Wohnortnahe ambulante, medizinische Versorgung durch Haus- und Kinderärzte entsprechend der Bevölkerungszahl (Schlüssel).
- c. Gesundheitszentren bzw. Versorgungszentren der LH-München zur Sicherstellung der wohnortnahen medizinischen Versorgung.
- d. Barrierefreier Zugang zu Arztpraxen.
- e. Ausbau der barrierefreien Angebote für hör- und sehbehinderte Personen
- f. Ausbau der Altersmedizin in den München-Kliniken.
- g. Ausbau der stationären und ambulanten Palliativversorgung sowie der Hospizbetten für ganz München, verbunden mit mehr finanzieller Zuwendung von den Krankenkassen und von der LH-München.
- h. Verbesserung des Entlass-Managements in allen Kliniken (Überleitungspflege).
- i. Mehr Angebote für Tages- und Kurzzeitpflege.
- j. Bedarfsgerechter Bau von Pflegeheimen in den Stadtbezirken bzw. Stadtteilen.
- k. Damit verbunden Wohnungen für Pflegekräfte aus allen Bereichen.
- l. München-Zulage für Pflegekräfte aus allen Einrichtungen.
- m. Unterstützung von einem Mentorenprogramm für Pflegekräfte in der

München-**Liste** zur Kommunalwahl 2020

Ausbildung, um Ausbildungsabbrüche zu reduzieren (wurde bereits im Fachausschuss 6 der Seniorenvertretung initiiert).

4. Verbesserte Angebote zur Mobilität

- a. Schutz der Fußgänger im Verkehr: sichere Wege im Stadtverkehr.
- b. Fahrräder und E-Scooter auf eigenen Wegen.
- c. In Grünanlagen Wege für Rollstühle und Rollatoren vorsehen.
- d. Ausbau des ÖPNV (Taktverdichtung für U- und S-Bahnen.
- e. Verdichtung des Straßenbahnnetzes vorrangig vor Bussen.
- f. Münchenweit ausreichend kostenlose öffentliche Toiletten bereitstellen.
- g. Barrierefreier Zugang zu U- und S-Bahnhöfen. Mehr Aufzüge bzw. zwei Rolltreppen im Dauerbetrieb. Ausbau der Überdachung von Aufgängen an U- und S-Bahnhöfen (Winterbetrieb!).
- h. Ertüchtigung älterer Gebäude mit Liftanlagen, auch an der Gebäude-Außenseite = Gewährleistung der Zugangs für Familien mit Kindern und ältere Menschen.

5. Stadtklima

- a. Keine weitere Versiegelung von Flächen.
- b. Erhalt der Grünflächen, Pflanzung von Laubbäumen.
- c. Münchner Stadtbäche als energiespendende Lebensader wieder freilegen und zugänglich machen, zur Verbesserung des Stadtklimas.
- d. Verbot von Laubbläsern wg. der extremen Verteilung des Straßenstaubs, Probleme für Asthmatiker und Menschen mit Allergien.
ERSATZ: Laubsauger mit Häckselfunktion und Fangkorb.
- e. Ausbau der Trinkwasserbrunnen im Stadtgebiet und gut erkennbare Kennzeichnung. Besonders Kinder und ältere Menschen brauchen bei Hitze ausreichen Flüssigkeit.

Wahlprüfsteine Seniorenbeirat - Stellungnahme Partei mut

mut steht seit Beginn ohne Wenn und Aber für die unbedingte Achtung der Menschenwürde, für eine Gesellschaft der gelebten Vielfalt, für eine lebendige Demokratie.

mut setzt sich für ein solidarisches Miteinander und für das gleiche Recht und die gleichen Chancen aller Menschen an gesellschaftlicher Teilhabe und Selbstbestimmung ein.

mut stellt sich konsequent gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus - auch da, wo diese aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Minderheitenschutz, die Gleichstellung unterschiedlichster sexueller Orientierungen und Geschlechtsidentitäten sind unverhandelbar.

mut stellt die Forderung nach einer radikal anderen Wirtschaftsweise, bei der nicht Profit, sondern Mensch, Umwelt und das Gemeinwohl im Mittelpunkt stehen.

mut ist kompromisslos immer dann, wenn Kompromisse mit der Menschenwürde bezahlt werden sollen, mit dem Leben anderer - und mit der Achtung vor uns selbst.

Die Partei mut wurde im Jahr 2017 gegründet und hat seither an der Landtagswahl in Bayern teilgenommen und tritt nun zur Kommunalwahl in München an. Auf bisherigen Parteitage getroffene Beschlüsse beziehen sich deshalb meist auf die Landes- oder Kommunalebene.

Wie in Ihrer Einleitung bereits vorangesetzt, sind einige der Forderungen, die der Seniorenbeirat stellt, nur auf Bundesebene zu erfüllen, und können deshalb von Kommunalpolitiker*innen der Stadt München nicht entschieden, sondern nur über den Deutschen Städtetag beeinflusst werden. Im folgenden erhalten Sie Forderungen der Partei mut zu den von Ihnen angemahnten Themenbereichen.

Soziale Ungerechtigkeit mindern, Armut bekämpfen

mut setzt sich u. a. ein für

- massive Investitionen in eine öffentlich verantwortete Infrastruktur der sozialen Daseinsvorsorge,
- die Einführung einer Bürgerversicherung,
- eine solidarische Umgestaltung der Alterssicherung: Garantie existenzsichernder Mindestleistungen, Ausweitung des Versichertenkreises auf alle Bürger (nach Vorbild z. B. Österreichs oder der Schweiz),
- eine signifikante Erhöhung des münchenbezogenen Aufstockungsbetrages auf den Regelsatz beim Bezug von Sozialleistungen. Momentan liegt der Aufstockungsbetrag bei knapp 5 %. Die Stadt München begründet den Aufstockungsbetrag mit dem Kaufkraftindex. Dieser lag für München in 2018 jedoch bei 134,8.
- die proaktive Anwendung der im Sozialgesetz enthaltenen Anspruchsarten Altenhilfe und Hilfe in sonstigen Lebenslagen durch die Sozialverwaltung,
- eine Verstärkung von Beratungsangeboten durch das Sozialbürger*innenhaus, Förderung von Initiativen zur aufsuchenden Hilfe für alte und arme Menschen.

Bezahlbaren Wohnraum ermöglichen

mut setzt sich u. a. ein für

- massiven Ausbau des städtischen sozialen Wohnungsbaus als inklusive Bauprojekte (Vermeidung einer „Ghettoisierung“).
- Erhöhung der Sozialbindung auf 40 Jahre.
- Förderung von gemeinwohlorientierten Genoss*innenschaften und Mieter*inneninitiativen.
- Einfrieren der Bestandsmieten für die Dauer von mindestens sechs Jahren, bei Neuvermietungen darf die Miete die ortsübliche Vergleichsmiete nach Mietspiegel nicht überschreiten.
- die umgehende Entwicklung und Anwendung eines erweiterten Mietpreisspiegels unter Einbeziehung der Bestands- und Sozialmieten.
- Anerkennung der Sozialmiete als steuerrechtliche Mietuntergrenze. Es gibt Fälle in denen das Finanzamt, wenn Vermieter die Miete niedriger ansetzen als marktüblich, die Mieteinnahmen auf Marktniveau anhebt, um den steuerlichen Vorteil zu mindern. Sofern ein Vermieter günstiger vermietet, soll zumindest die Sozialmiete als steuerliche Untergrenze anerkannt werden.
- Mehr kostengünstige Wohnungen für Mitarbeiter*innen von städtischen Kliniken, Heimen und Kinderbetreuungseinrichtungen und deren Familien zur

Verfügung stellen. Der ohnehin massive Fachkräfte-Notstand in den genannten Bereichen wird sich noch weiter vergrößern, wenn es keinen bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende und Fachkräfte in München gibt.

- Vorkaufsrecht zu adäquaten Preisen für Kommunen und gemeinwohlorientierte Mieter*innenzusammenschlüsse nach Wegfall der Sozialbindung.
- Ausweitung der Erhaltungssatzung auf das gesamte Stadtgebiet München. Die Erhaltungssatzung nach Paragraf 172 Baugesetzbuch ist ein wichtiges Instrument, um bestehende Wohnungen vor Umwandlungen und Luxussanierungen zu schützen.
- grundsätzlich Vermeidung des Verkaufs von städtischen Immobilien. Wenn Immobilien veräußert werden, dann müssen soziale und gemeinwohlorientierte Käufer*innen (z. B. Baugenoss*innenschaften) Vorrang haben.
- Keine weitere Privatisierung von öffentlichem Grund, sondern Ausbau der kommunalen Bautätigkeiten.
- Investitionsprogramm zum kommunalen Erwerb und zur Umwandlung von leerstehenden Gewerbeimmobilien in Wohnraum.
- Unterstützung alternativer Formen des Zusammenlebens wie Mehrgenerationenhäuser, aber auch Senior*innenhaus- und -wohngemeinschaften.

Bessere Gesundheitsversorgung und Pflege

mut setzt sich u. a. ein für

- Bedarfsgerechte Planung von Personalschlüsseln im Pflegebereich, da die Krankenkassen die Stellen refinanzieren.
- Sozialdienste in allen Münchenstift-Heimen einrichten, die über die Pflege hinaus die Bedürfnisse der Bewohner*innen organisieren und vernetzen. Besserer Informationsfluss innerhalb der verschiedenen Fachbereiche sicherstellen.
- Ausbau ambulanter Angebote für Senior*innen und Pflegebedürftige.
- die Einführung einer Pflegekammer für Bayern, damit die Pflegekräfte ihre Interessen wirksam vertreten können,
- die Förderung der Weiterqualifizierung, um damit Pflegekräfte auch finanziell besser zu stellen,
- die Pflicht für die Arbeitgeber*innen, Fortbildungen für Voll- und Teilzeitkräfte zu ermöglichen,

- eine bessere Bezahlung von Pflegekräften, Therapeut*innen und Hebammen/Entbindungspflegern,
- die Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen für die Pflege und Berufe im Gesundheitswesen, wie z. B. Physiotherapeut*innen, Ergotherapeut*innen, Hebammen/Entbindungspfleger, um den Pflegenotstand sowie den sich verschärfenden Zuständen im Gesundheitswesen entgegenzuwirken,
- Auszubildende der Pflege dürfen nicht im Personalschlüssel eingerechnet werden, um eine Ausnutzung der Auszubildenden zu verhindern,
- eine Vergütung der Studierenden der Pflege,
- die Einbeziehung von Qualitätsanforderungen in die Krankenhausplanung,
- eine deutliche Verbesserung der Gesundheitsversorgung sowie der Finanzierung der Krankenhäuser. Besondere Unterstützung benötigen auch die kleinen Häuser, die die wohnortnahe Versorgung der Menschen garantieren.
- die Personaluntergrenze für die Pflege muss für alle Bereiche der Pflege festgelegt werden. Außerdem muss verhindert werden, dass eine Untergrenze zur Obergrenze wird. Daher muss eine Regelung für eine bedarfsangepasste Besetzung festgelegt werden,
- Transparenz bezüglich der Einhaltung von Qualitätsanforderungen und Personalvorgaben,
- die Berücksichtigung der je spezifischen Situation von Pflegenden und hierbei des besonderen Personalbedarfs z. B. bei psychisch Kranken, Kindern und Alten,
- die genaue Überprüfung von Kosten, die im Pflegesektor z. B. durch Medikamente entstehen,
- die Wiederabschaffung des Landespflegeamts und die Verwendung der Einsparungen für Investitionen bei den Hilfs- und Heilmitteln und der Entlastung von pflegenden Angehörigen. Pflegebedürftigkeit darf kein Risiko für Altersarmut der Nachfolgeneration werden.

Verbesserte Angebote zur Mobilität

mut setzt sich u. a. ein für

- Autofreie Innenstadt: Schnelle und konsequente Einschränkung des privaten Autoverkehrs zu Gunsten von Fahrrad, ÖPNV und öffentlichem Räume. Straßen vom Autoverkehr entlasten und wieder frei machen für die, die darauf angewiesen sind: Menschen mit eingeschränkter Mobilität, Rettungs- und Pflegedienste, Feuerwehr oder Lieferverkehr und Handwerker*innen.

- Kostenlose, bedingungslose MVG-Nutzung für alle. Die Stadt München als Gesellschafterin des MVV setzt sich konsequent für die kostenlose Nutzung des MVV ein.
- Sofortiger Stopp des Baus der zweiten Stammstrecke. Statt dessen Ausbau des Liniennetzes auch in der Innenstadt mit E-Bussen und Trambahnen.
- Konsequenter Ausbau der S-Bahn im Außenbereich: Wir brauchen einen S-Bahn-Ring.
- Attraktive Taktungen und Querverbindungen auch dann, wenn keine volle Auslastung erreicht werden kann.
- Reduktion des Pendler*innenverkehrs durch eine moderne Stadtplanung, die Arbeit und Wohnen zusammen denkt.
- Generationenübergreifendes Denken bei Förderungen.
- Barrierefreiheit im öffentlichen Raum: Hier sind in den letzten Jahren in München bereits einige Vorkehrungen getroffen worden, diese sind aber weder flächendeckend noch ausreichend. Das Stadtbild von München ist immer noch an vielen Stellen von Barrieren geprägt: z.B. sind nicht immer barrierefreie Ampeln installiert, der Zugang zu vielen, auch öffentlichen Gebäuden ist nicht immer barrierefrei, die Bahnhöfe sind unübersichtlich und umständlich gestaltet. Hier ist unbedingt auch an die sozialen und kommunikativen Schranken zu denken.
- Ausbau und Förderung von einkommensunabhängigen individuellen Unterstützungsleistungen in jeder Lebenslage und deren unbürokratische Erfüllung. Bspw. ist der Bus & Bahn Begleitservice auch auf die Abendstunden und Wochenenden auszuweiten.
- Abstellen von E-Scootern auf Gehwegen verbieten und dem betreibenden Unternehmen in Rechnung stellen.
- Autofreie Stadtplanung durch Abschaffung von Stellplatzschlüsseln bei Neubausiedlungen im ganzen Stadtgebiet ermöglichen.
- Nachhaltigkeitscheck und Nachweis über die Recyclebarkeit für Leih-E-Scooter und Leih-Fahrräder von den anbietenden Unternehmen fordern (Mindestlebensdauer 5 Jahre).
- Übernahme des Augsburger „Shop & Drop“ Modells zu Stärkung des städtischen Einzelhandels. Wer in der Innenstadt einkauft, kann die Tüten/Pakete bei einer Station abgeben und zwischenlagern und/oder sie sich zu einem vereinbarten Zeitraum kostenlos per Radkurier nach Hause schicken lassen. Die Stadt bezuschusst den Service.

